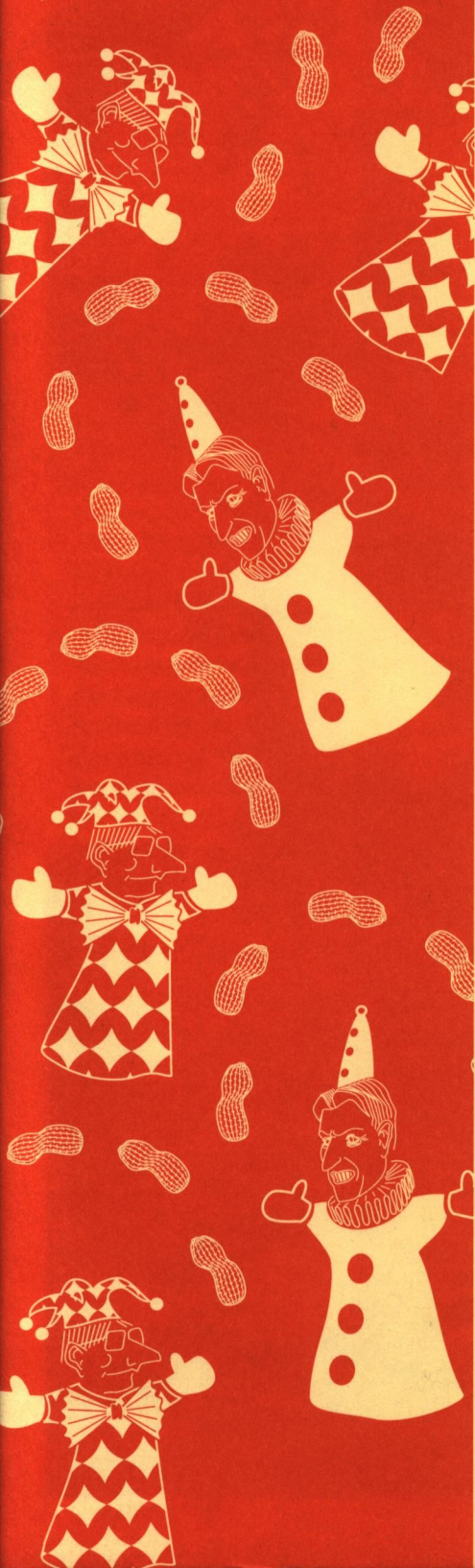


Zeitschrift für Politik und Kultur

**FEG Rechtsschutz 2**

GEWALT-DEBATTE

Gmeiners Gemeinsinn 4

Franz Schandl schreibt zurück

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

OK: Ein klug ausgewählter Feind 8

Wer schützt uns vor dem Schutz?

Das System zur Einschließung 11

Europol

ÖSTERREICH

Codenummer K-28 15

Interview mit Fritz Molden

MILITÄR

Der Papst geht, Solana kommt 17

Zum Amsterdamer Vertrag

Zero Tolerance 19

Frauen beim US-Militär

Söldner von Englands Gnaden 22

Die Diamanten von Sierra Leone

IRANISCH KURDISTAN

Repression und Aufstand 24

Staatsverbrechen ganz normal

LITERATUR

Was zum Teufel mache ich mit meinem Leben . . . 27

Ein Gedankensturm

Kurzmeldungen 30**Rezensionen 32****Vertrieb 34****ZOOM im Bild 35****Impressum 3**

„Wir sind FEG versichert.“

Wir sind ... versichert ... FEG ... wir ...“

Natürlich möchten wir nicht vor Gericht stehen. Leider waren wir bisher nicht davor gefeit. Aber glauben Sie uns: Wenn Sie in Ihrer Situation daran denken müssen, daß wir FEG-Rechtsschutz versichert sind, ist das schon ein sehr beruhigendes Gefühl. Kurzum:

Wie Sie von uns behandelt werden, können Sie sich nicht aussuchen. Was Sie dagegen tun können allerdings schon: Sparen!

FEG  **Rechtsschutz**

Gottseidank FEG versichert.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Auch in dieser Ausgabe setzen wir am Beginn die Debatte über Gewalt, Gewaltlosigkeit und Gewaltfreiheit mit einer Antwort Franz Schandls auf die Kritik von Manfred Gmeiner fort. Zu dieser Diskussion würden wir uns über Reaktionen freuen.

LeserInnen unserer Broschüre „Es muß nicht immer Gladio sein“ ist der Interviewpartner von Ludwig Csépai, Fritz Molden, kein Unbekannter.

Weitere Themen sind aus gegebenem Anlaß der Amsterdamer Vertrag und das Europol-Protokoll über die Immunität der „Eurocops“. Diese zwei Vertragswerke standen am 17.6. und 18.6.1998 zur Abstimmung im Parlament. Weder über den Amsterdamer Vertrag noch über das Europol-Protokoll wurden die BürgerInnen auch nur annähernd ausreichend informiert. Selbst den Abgeordneten der Parlamentsparteien scheinen Inhalt der Texte großteils unbekannt gewesen zu sein, denn sonst hätte die SP-Fraktionsspitze nicht ihre Klubmitglieder in einer Klausur noch zu striktem Abstimmungsverhalten veranlaßt. Einigen SP-ParlamentarierInnen ist im letzten Moment doch noch aufgefallen, daß die Neutralität weiter beschädigt wird. Zusätzlich zum Amsterdamer Vertrag beschloß das Parlament auch eine Verfassungsänderung. Mit dieser sollen Einsätze des Bundesheeres im Rahmen der von uns, z. B. in unserer Broschüre „Immerwährend“, seit Jahren kritisierten „Petersberger

Missionen“ ermöglicht werden. Die Petersberg-Erklärung von 1992, die in den Amsterdamer Vertrag integriert wurde, sieht z. B. Kampfeinsätze bei Krisenbewältigung vor, einschließlich Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens. Die Europol hingegen darf laut Amsterdamer Vertrag von selbst operativ tätig werden. Peter Steyrer (Seite 17) und Glücksthal Lajos (Seite 11) setzen sich mit den sich aus der Annahme des Amsterdamer Vertrages ergebenden Problemen auseinander.

Dazu kommen ein Beitrag über Gewalt gegen Frauen beim US-Militär, abgedruckt aus der Zeitschrift *Illoyal* 3/98 mit deren freundlicher Genehmigung, und ein Bericht zum Söldnerunwesen. Erwin Weissel auf Seite 8 erhellt die Finsternis um die Organisierte Kriminalität, Ilse Kilic geht Fragen ihrer Existenz auf Seite 27 nach.

Unser Länderbeitrag befaßt sich mit Iranisch Kurdistan: Kayoumas Shahsavary kritisiert die Ignoranz der westlichen Staaten bezüglich der Menschenrechtsverletzungen im Iran und schildert die Bedingungen, unter denen kurdische Oppositionelle im In- und Ausland leben müssen.

Kurzmeldungen zur gegenwärtigen Situation in Mexiko und zur Lage der Welt in ihrer atomaren Bedingtheit vervollständigen die vorliegende Ausgabe unserer Zeitschrift.

Abschließend wollen wir auf die Seite 2 hinweisen, auf der Suchende einen wichti-

gen Rat bezüglich Rechtsschutz finden können.

Errata:

1. Ralf Bendrath hat uns ein e-mail geschickt, da wir ihn in der letzten Ausgabe Rolf getauft haben. Wir haben unter dem Titel „Wirtschaftsfaktor Söldner“ Auszüge aus seinem Artikel im *ami* 1-2/98 veröffentlicht. Seine gesamte Studie zu diesem Thema kann man nun im Internet unter der Adresse <http://bicc.uni-bonn.de/coop/afk/bendrath.doc> nachlesen.
2. Bei den Kurzmeldungen zum Euro ist es im Beitrag „Währungskolonien“ zu einer falschen Darstellung bezüglich der Hauptabnahmemärkte gekommen. Zwar werden die meisten Rohstoffe, die die CFA-Länder exportieren, in Dollar abgerechnet, der Hauptabnahmemarkt dafür aber ist die Europäische Union. Wenn diese Länder daher währungsmäßig durch Frankreich in den Euro integriert werden, so werden diese Rohstoffe entweder zukünftig in Euro abgerechnet, oder diese Länder leben mit dem Wechselkursrisiko zwischen Euro und Dollar. In beiden Fällen ist mit einer Verminderung ihrer Erträge zu rechnen.

Wir bedauern!

Die Redaktion wünscht ihren LeserInnen einen schönen Sommer im Juli!

DIE ZOOM-REDAKTION
im Juni 1998



Zeitschrift der
Arbeitsgemeinschaft für
Wehrdienstverweigerung,
Gewaltfreiheit und
Flüchtlingsbetreuung
(Medieninhaberin,
Herausgeberin)

Schottengasse 3A/1/59,
A-1010 Wien,
Tel. ++43-1-535 11 06,
Fax: ++43-1-532 74 16,
E-mail: zoom@thing.at
Web: [fgidc1.tuwien.ac.at/
media/zoom](http://fgidc1.tuwien.ac.at/media/zoom)

Redaktion: Ludwig Csépai, diE nOt, Manfred Gmeiner, Julia Hošek, Elfriede Hufnagl, Markus Kemmerling, Markus Koza, Ilse Kilic, Alexander Lehar, Peter Steyrer und Robert Zöchling

AutorInnen dieser Ausgabe: Glücksthal Lajos, Ulrike Gramann, Annerose Gündel, Ilse Kilic, Kayoumas Shahsavary, Franz Schandl, Erwin Weissel

Titelgraphik: diE nOt

Layout: Kemmerling Zöchling & Partner Medien- und Informationsdienste KEG, Schottengasse 3A/1/4/59, 1010 Wien, Telefon 535 11 06, Telefax 532 74 16

Hersteller: resch & vana, Lichtgasse 10, 1150 Wien

Abo: 250,- ATS/Jahr; Förderabo: 700,- ATS/Jahr; Ausland: 350,- ATS/Jahr, Overseas: 450,- ATS/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* - Rechnung abwarten.

Mitgliedschaft Arge WDV: 500,- ATS/Jahr; ermäßigt: 350,- ATS (inkl. ZOOM-Abo).

Konto: 10010 670 573 bei BAWAG, BLZ 14000

Die ZOOM ist Mitglied der **VAZ** - Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

Flugblätter etc. werden als Dokumente aufgenommen und sind Bestandteil der ZOOM. Soweit diese Impressum tragen, haben sie keine Gültigkeit, es gilt lediglich das Impressum der ZOOM.

Gmeiners Gemeinsinn

In ZOOM 1/98 veröffentlichten wir Franz Schandls Beitrag „Über Dialektik und Dimension der Gewalt“. In der letzten Ausgabe folgte eine nicht unscharfe Kritik von Manfred Gmeiner („Schwafeln über Gewalt“). Unterschiedlicher können Positionen und Begriffe schwerlich sein –

FRANZ SCHANDL

versucht in Folgendem, die seinen zu verdeutlichen. Zwischen den beiden bisher vorgetragenen Positionen – oder auch jenseits dieser – vermuten wir reichlich Raum für weitere Diskussionsbeiträge und würden solche sehr begrüßen.

Der gemeine Menschenverstand, den man, als bloß gesunden (noch nicht kultivierten) Verstand, für das geringste ansieht, dessen man nur immer von dem, welcher auf den Namen eines Menschen Anspruch macht, gewärtigen kann, hat daher auch die kränkende Ehre, mit dem Namen des Gemeinnes (sensus communis) belegt zu werden; und zwar so, daß man unter dem Worte gemein (nicht bloß in unserer Sprache, die hierin wirklich eine Zweideutigkeit enthält, sondern auch in mancher andern) so viel als vulgare, was man allenthalben antrifft, versteht, welches zu besitzen schlechterdings kein Verdienst oder Vorzug ist.“ (Immanuel Kant, Kritik der Urteilkraft (1790), Werkausgabe Band X, Frankfurt am Main 1991, S. 225.)

Ein Mißverständnis sei gleich vorweg geklärt: Bei dem in der ZOOM 1/98 veröffentlichten Diskussionsbeitrag „Über Dialektik und Dimension der Gewalt“ handelt es sich um die überarbeitete Kurzfassung zweier in der Volksstimme (Nr. 22 + 23/95) erschiener Artikel nach dem Anschlag in Ebergassing: Jene Passagen, die sich mit diesem direkt, den autonomen Ungereimtheiten oder den grünen Plattheiten auseinanderzusetzen, sind rausgekürzt worden. Sie sind aber nachlesbar. Die Neufassung wollte nicht konkre-

tisieren, sondern von den Ereignissen abstrahieren; theoretisieren, was meint verallgemeinern in bestem Sinne.

1.

Den Vorwurf der Begrifflosigkeit kann bloß einer machen, der völlig befangen ist in der positivistischen Begriffshuberei. Wer so verliebt ist in sein Alltagsverständnis, tut sich wahrscheinlich schwer mit unserer dialektischen Hermeneutik. Jenes besteht auf metaphysischen Kategorien, auf festen Definitionen à la: Gewalt ist... Genau dem wollte unser Beitrag aber entgehen. Das Changieren der Kategorien ist nicht nur erlaubt, es ist geradezu geboten. Da werden also wirklich zwei Sprachen gesprochen. Differenziertere Erkenntnisse werden daher von unserem Kontrahenten als Geschwafel wahrgenommen. In seiner Logik können sie auch gar nichts anderes sein.

Es ging jedenfalls darum, Gewalt von der antiquierten eindimensionalen Assoziation unmittelbarer und direkter Handgreiflichkeit loszulösen, die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt als Gewaltverhältnisse begreifbar zu machen, Gewalt als immanente Obligation, nicht als exterritoriale Besonderheit zu erläutern. Aus all dem war zu schließen, daß Gewalt heute nicht einfach beseitigt werden kann. Keine pazifistische Direktive vermag daran etwas zu ändern, kein politizistischer Eifer, der stets meint, daß das

schon ginge, würde man die „richtigen“ Interessen durchsetzen. Gewalt ist keine subjektive Willensform, sondern eine aufgeherrschte, weil herrschende Kommunikationsform.

Im Prinzip ist der ganze Artikel ein aktueller Versuch der Ausdifferenzierung einer adäquaten Begrifflichkeit. Gewalt ist eine kritische und prekäre Kategorie, keine positive. Diese hat viele ausufernde Dimensionen, die gleichzeitig jenen alten Begriff (der Handgreiflichkeit) überwinden. Daß sich ein krudes Gewaltverständnis in Zeiten atomarer Bedrohung und gentechnischer Großversuche auflöst, sollte eigentlich selbstverständlich sein.

2.

Manfred Gmeiner unterstellt, daß wir eine Fürsprache für die Gewalt halten. Geschrieben steht jedoch lediglich – und das ist eine zentrale Aussage –, daß Gewalt unter den gegebenen Umständen nicht ausgeschlossen werden kann, daß mit ihr gerechnet werden muß. Die Notwendigkeit wird als Notwendigkeit eingeführt, ist nicht als „Plädoyer für die Notwendigkeit“ zu lesen, wie Gmeiner behauptet. Wir weigern uns aber, Ziel und Weg zu wechseln, ständig Zweck und Mittel durcheinander zu bringen. Wer Gewalt verachtet, muß sie richtig einschätzen können, ansonsten manifestiert sich darin bloß Hilflosigkeit. Wer Gewalt weghaben will, darf sie nicht leugnen.

Ärgerlich ist vor allem, daß der skizzierte Taschenspielertrick jenem eines Andreas Khol nicht unähnlich ist. Wer die obligaten

Bekenntnisse nicht liefert, wird als potentieller Gewalttäter stigmatisiert. Einfache Feststellungen der Rolle der Gewalt in der bisherigen Geschichte werden als Lobgesang aufgefaßt, zustimmende Stellungnahmen zu bestimmten Gewaltakten als Gewaltverherrlichungen. Diese grobschlächtige Argumentation baut auf Ignoranz und setzt auf Ignoranz. Sie kann oder will Erkenntnis und Bekenntnis nicht auseinanderhalten. Derweil ist gerade das unbedingt erforderlich. Wir atmen schlechte Luft, ohne dafür zu sein, wir unterziehen uns chirurgischen Eingriffen, ohne zu applaudieren, wir essen ungesunde Nahrung, ohne in Ovationen auszubrechen. Dabei sein meint nicht Dafür-sein.

Der Gewaltvorwurf ist der Knüppel der etablierten Politik gegen jedwede radikale Opposition. Er dient dazu, Aufbegehren apriori in die gesetzlichen Schranken zu weisen und obligate Staatsbekenntnisse einzufordern. Ein Musterbeispiel für die Domestikation der Grünen war etwa die 6. Sitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode am 4. März 1987 (Opernballdebatte). (Vgl. dazu: Franz Schandl/Gerhard Schattauer, Die Grünen in Österreich, Wien 1996, S. 404ff.) Dort wurde vorgeführt, was Gmeiner auf ganz gewaltfreie Weise nachvollzieht.

Eine abstrakte Negation von Gewalt ist Unsinn. Sinnvoll ist der ständige Versuch, sie zu vermeiden bzw. wo das nicht möglich ist, sie gezielt anzuwenden: „Ich leugne nicht, Sabotageakte geplant zu haben. Ich habe sie allerdings nicht aus Verantwortungslosigkeit ge-

plant, und auch nicht, weil ich ein Anhänger von Gewaltakten bin. Diese Pläne entsprangen einer nüchternen Beurteilung der politischen Lage, wie sie sich nach vielen Jahren der Tyrannei, der Ausbeutung und Unterdrückung meines Volkes durch die Weißen ergeben hatte. (...) Wir riefen aus zwei Gründen die UMKONTO ins Leben: erstens, weil wir glaubten, daß die Regierungspolitik unvermeidbar mit Gewaltakten der afrikanischen Bevölkerung beantwortet werden würde, auch waren wir davon überzeugt, daß ohne die Lenkung verantwortungsbewußter Führer diese Volkswut zu Terrorausbrüchen führen mußte, die mehr Bitterkeit und Haß säen würden als ein offener Krieg; und zweitens glaubten wir, daß dem afrikanischen Volk in seinem Kampf gegen die Vorherrschaft der weißen Rasse nur noch ein einziges Mittel verblieben war, um sich durchzusetzen: die Anwendung von Gewalt.“ (zit. nach: Hans-Eckehard Bahr (Hg.), Weltfrieden und Revolution in politischer und theologischer Perspektive, Frankfurt am Main und Hamburg 1970, S. 82.) Nelson Mandela war das übrigens, 1964.

3.

Reden wir doch über konkrete Gewaltakte. Ist der Einmarsch der Nazi-Truppen in der Sowjetunion gleichzusetzen mit dem der Roten Armee im Deutschen Reich, sind die terroristischen Anschläge des Vietcong gleichzusetzen mit dem Bombardement der Amerikaner, sind die Überfälle der Contras gleichzusetzen mit jenen der Sandinisten auf

die Somoziisten, sind die Übergriffe der Tito-Partisanen gleichzusetzen mit denen der Ustascha-Faschisten?

Formal jederzeit, da pas-sierte zweifellos ähnliches. Auch die Guten waren da nie so gut, wie die heutigen Guten meinen, daß die damaligen Guten gut gewesen sein mußten. Wären die so gut gewesen, wie sie gut hätten sein sollen, wären sie wahrscheinlich schnell tot gewesen. Wofür wir wirklich plädieren, ist der Abschied von der Geschichtslosigkeit: Wider die Blindheit, die Welt vor lauter gutgemeinten Vorsätzen nicht sehen zu wollen!

Ein Standpunkt jenseits von Verklärung und Abgesang tut not. Die Linke und ihre Heroen, das ist nämlich auch so ein Kapitel: Nicht als lebendige Gestalten, sondern als personifizierte Projektionsflächen bestimmter Tugenden werden sie illuminiert. Wenn man dann von manchen Lastern, ja Grausamkeiten erfährt (und das passiert früher oder später immer), dann wendet sich der westliche Demokrat, der feinsinnige Intellektuelle, der sensible Pazifist schnell ab. Ja, wenn er das gewußt hätte. (Manche haben „Glück“ durch Unglück: Des Nelson Mandelas Weste ist z.B. nur deswegen so weiß, weil ihn die Rassisten dreißig Jahre weggesperrt hatten. Die seiner Ex-Frau oder führender ANC-Militärs schaut da ganz anders aus.)

Womit übrigens auch gleich Gmeiners Frage beantwortet ist, ob „Freiheit beschneidende Organisationen wie das Militär Träger progressiver Gewalt sein können“. Sie können. Hier-

zulande waren die alliierten Truppen gegen die Nazi-Armee eine emanzipatorische Kraft, die dazumals (!) jede Unterstützung verdient hat. Wer gegen diese Gewalt gewesen ist, der war objektiv für die Nazis. Die Liste ähnlicher, wenn auch nicht so krasser Beispiele wäre fortsetzbar, auch wenn unser Trachten in die Richtung zu gehen hat, daß hier nicht auch zukünftig eine Fortsetzung der anderen folgen muß.

Doch reden wir von jüngeren Beispielen: Der Widerstand gegen die WAA in Wackersdorf hat sein Ziel erreicht, weil er in eine regionale und militante Struktur eingebettet gewesen ist, die auch vor Sabotageakten nicht zurückschreckte. Sogar Hausfrauen und Dorfpfarrer begründeten die Aktionen vor laufender Kamera. Die Palmers-Entführung oder der Anschlag in Ebergassing hingegen waren destruktive Akte des Widerstands. Der Fehler bestand nicht darin, zur Gewalt gegriffen zu haben, sondern in per se völlig unsinnigen und untauglichen Aktionen, bei denen niemand fähig gewesen ist, die Dimensionen auch nur ansatzweise zu ahnen. An diesen Akten konnte sich nichts entwickeln, stets war Schadensbegrenzung angesagt, wobei aber nicht alleine die Akteure den Mist anrichteten, sondern ebenso die eifertige Friedenskompanie der Di-
stanzierer und Bekenner.

Ob und welche oppositionelle Gewalt zulässig, sinnvoll und adäquat ist, entscheiden die konkreten Bedingungen. Gewalt diskutierte der erste Beitrag daher unter dem Titel einer optionalen Größe. Punkt 7

und 8 führen einige Kriterien aus, es ist nachzulesen. Ansonsten: Wer nicht lesen kann, der nicht lesen kann.

4.

Das Gewaltmonopol war durchaus (wie der Rechtsstaat) eine historische Er rungenschaft, es ist aber letztlich eine Durchgangsstufe der menschlichen Ver gesellschaftung. Wie die notwendige Aufhebung von Recht und Gewalt aussehen könnte, das wissen wir ganz einfach nicht, was wir angeben können, ist, daß dessen negative Auflösung heute schon um sich greift, die Schranken des Rechts, die Grenzen der Demokratie, die Unfähigkeit des Staates sich abzeichnen. Was diese mitunter gefährlicher und unberechenbarer macht.

Daß überstaatliche Gewaltinstanzen (z.B. im Rahmen der UNO) heute von einem zwischenzeitigen Interesse sein könnten, sollte nicht vorschnell abgestritten werden. Daß es hier auch zu militärischen Eingriffen kommen kann, darf nicht ausgeschlossen werden. Intervention ist nicht gleich Intervention.

Synthetisierung der Gewalt meint schlußendlich nicht bloß die angestrebte (schrittweise) Aufhebung des Gewaltmonopols durch die Überwindung jedweder materiellen Bedrohung, sondern wendet sich auch ganz entschieden gegen die regressive Auflösung des Gewaltmonopols in unzählige Gewaltpole (Mafiotisierung). Synthetisierung heißt, daß die zivilisatorischen Er rungenschaften nicht hinter uns gelassen werden, sondern auf einer neuen Ebene neue Qualität annehmen können, somit in etwas an-

deres transformiert werden. Die Kritik des Rechts ist kein Plädoyer für das Unrecht, die Kritik der Gewaltlosigkeit nicht die Propaganda der Gewalt, die Negation der Demokratie nicht der Aufruf zur Diktatur. Es geht nicht mehr um diese internen Gegensätze, sondern um das Bezugssystem insgesamt.

Das gegenwärtige Problem ist, daß die Möglichkeit zur Intervention eine ausschließliche Sache des reichen Nordens geworden ist, daß die ökonomischen Interessen und ihre Staatsapparate bestimmen, was zu geschehen hat. Aus dieser Kritik folgt jedoch kein Bekenntnis zu irgendeiner prinzipiellen Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Diese als Grundsatz prolongiert bedeutete nichts anderes, als ein ahistorisches Bekenntnis zur Form von Nation und Staat abzulegen. Gerade darum kann es aber nicht gehen, deshalb ist auch die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung und eigenständiger Entwicklung mehr und mehr prekär, ja unbrauchbar geworden. Die Integrität der Staaten löst sich mit fortschreitender Globalisierung auf, es geht darum, diesen Prozeß positiv zu wenden und zu dimensionieren, ihn nicht mit alten Konzeptionen aufzuhalten. Ansonsten steht man bald in einer Front mit dubiosen Nationalisten (Marke Novak) verschiedener Couleure.

Das Dilemma verdeutlicht sich auch auf der Ebene der Strategie. Während die einen schön langsam der Interventionitis verfallen (z.B. die Grünen), tun andere noch immer so, als sei

die Nichteinmischung der Weisheit letzter Schluß. Daß beides vielleicht falsch sein könnte, will nicht so recht in die Köpfe, hat man doch im Dualismus des Dafür oder Dagegen? denken gelernt. Daß dieser vielleicht desavouiert werden sollte... – aber woher denn? Unser letzter Beitrag hat gerade an den abgenötigten Fangfragen („Bist du für oder gegen Gewalt?“, „Bist du für oder gegen das Gewaltmonopol?“) versucht, die Verhältnisse ins Tanzen zu bringen, den Abschied vom banalen Bekenntnis einzuläuten. Denn genau das ist notwendig: Die herrschenden Fragen sind in Frage zu stellen. Das Monopol der Fragestellung ist zu enteignen.

Gewalt als Mittel gesellschaftlicher Auseinandersetzungen kann nur dann überwunden werden, wenn die materiellen Voraussetzungen dies ermöglichen. Wenn Gewalt keine eherne Konstante menschlicher Geschichte ist – und da stimmen wir mit Gmeiner überein –, dann gilt es die Bedingungen der Befreiung von Gewalt zu diskutieren. Das abstrakte Postulat hingegen trägt nicht weit. Hier ist auch der Grund zu suchen, warum viele (ehemalige) Friedenskämpfer ihren Frieden nun gerade mit der NATO schließen, nichts mehr anderes darstellen als die linke Flanke westlicher Hegemonie.

5.

Gmeiners Methode ist eine sachliche, somit eine beschränkte. Daher sondert er die Gewalt willkürlich aus. Sie wird dämonisiert, nicht in ihren Zusammenhängen diskutiert. So findet er in den Erfindungen etwas, das

angeblich mit der Gewalt absolut nichts am Stecken haben soll. Es wird gerade so getan, als sei eine Erfindung etwas, das sich der Lust und Laune ihres Schöpfers schuldet. Mitnichten. Denken wir etwa an die vorherrschende und sich immer weiter durchsetzende friedliche Computertechnologie, die primär nichts anderes ist als ein Abfallprodukt der Kriegsindustrie. Man muß stets nur genau schauen, um die versteckten Gewaltverhältnisse in den Dingen aufzuspüren. Es gibt keine Parallelwelten.

Unsere Verhältnisse sind Gewaltverhältnisse, eine metaphysische Unterscheidung von ziviler Gesellschaft und gewalttätiger Form ist letztlich nicht zielführend. Im Gegenteil, die isolierte Kritik wäscht die Verhältnisse weiß, läßt das Unliebsame als fremden Zusatz erscheinen. Wogegen wir angehen, das ist die eklektizistische Sicht gesellschaftlicher Wirklichkeit, die, was ihr paßt, als positiv affirmiert, und das, was ihr nicht paßt, als negativ denunziert. Daß das Affirmierte und das Denunzierte möglicherweise nur unterschiedliche Ausdrücke ein- und desselben sind, das will ihr nicht und nicht einleuchten.

Die Durchsetzung der hehren Menschenrechte etwa ist völlig undenkbar ohne Kolonialismus, Kinderarbeit, Arbeiterelend. Das mag man nun nicht sympathisch finden, übersehen sollte man es nicht. Der historische Zusammenhang von Akkumulation und Ausbeutung einerseits und Demokratie andererseits ist jedoch evident.

Die sachliche Sicht der

Dinge zerreißt das gesellschaftliche Ganze, seziert es in säuberlich trennbare gute (Demokratie, Politik, Rechtsstaat, Gerechtigkeit) und böse (Diktatur, Bürokratie, Militär, Gewalt, Polizei) Aspekte. Das Zueinanderpassen will man partout nicht wahrhaben. Man kann die Demokratie nicht ohne Bürokratie und Populismus, den Nationalstaat nicht ohne Militär und Chauvinismus, den Rechtsstaat nicht ohne Polizei und Gefängnisse, das Recht nicht ohne Gewalt, die Politik nicht ohne Krieg haben. Wer das eine ohne das andere denkt, denkt nicht. Zumindest nicht weiter, als die Staatsbürgerkunde es den Staatsbürgern erlaubt.

6.

Gmeiner schreibt: „Wenn sich Menschen mit Gewalt gegen das von Herrschaft gesetzte Recht wehren, so tun sie das, wie Barrington Moore in „Ungerechtigkeit“ analysiert, aus einer Vorstellung von Gerechtigkeit heraus. Diese Gerechtigkeit hat sehr wohl etwas mit gesellschaftlichen Spielregeln und Ordnung, also auch mit Recht zu tun.“

Benennen wir sie auch gleich. Die Spielregeln sind das Wertgesetz und die Ordnung ist das Kapitalverhältnis. Genau darin liegt aber auch der Kardinalfehler vieler Radikaloppositioneller, daß sie ihren Widerstand ganz selbstverständlich auf den bürgerlichen Postulaten (Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit) aufbauen. (Vgl. dazu ausführlicher: Franz Schandl, Jenseits der Gerechtigkeit, Weg und Ziel Nr. 2/97, S. 68ff.; bzw. ders., Kreislauf der Ignoranz, Streifzüge 2/1998, S. 1ff.)

Gmeiners Artikel macht jedenfalls deutlich, daß Recht, Staat, Politik, Demokratie, Gerechtigkeit, nicht als bürgerliche Inhalte, sondern als quasi menschliche Grundformen angesprochen werden, sie sind jeder Überlegung positiv vorausgesetzt. Die Realkategorien werden von den realen Verhältnissen abgelöst. Daß für Gerechtigkeit alle sind (Haider, Khol, Klima und Gmeiner), verstört nicht. Schandl dagegen muß jenseits von gut und böse sein, wenn er sich ernsthaft gegen die Gerechtigkeit ausspricht.

In einer befreiten Gesellschaft wird es allerdings nicht bloß den Staat nicht geben, sondern auch keine Demokratie, kein Recht und keine Gerechtigkeit. Die gehören nämlich allesamt zur bürgerlichen Epoche, sind Ausdruck der Kapitalherrschaft. Mit ihr substantiell verbunden, werden sie mit ihr untergehen. Emanzipierte Kommunikation kann nur gerechtigkeitslos gedacht werden. Wird sie als Verwirklichung der Gerechtigkeit gedacht, sind wir nicht weiter, als wir jetzt sind: da geht es dann um Proportionen, Verteilungskämpfe, Interessen. Die alte Litanei eben. Solange die Portion von der Proportion abhängig ist, wird es Gerechtigkeit und Gewalt geben müssen.

„Das Gerechte ist also etwas Proportionales“, wußte schon Aristoteles (Nikomachische Ethik, Buch V, Stuttgart 1969, S. 127 [1131a 21-b 9]). „So ist das Gerechte als ein Regulierendes nichts anderes als die Mitte zwischen Verlust und Gewinn.“ (Ebenda, S. 129 [1131b 32-1132a 19]). Was dann heißt: „Das Gerechte

ist folglich die Achtung vor Gesetz und bürgerlicher Gleichheit, das Ungerechte die Mißachtung von Gesetz und bürgerlicher Gleichheit.“ (Ebenda, S. 120 [1129a 19-b 4]).

Gerechtigkeit ist nichts anderes als eine begriffliche Abstraktion äquivalenten Tauschens. Sie meint die gesellschaftlich kodifizierte, proportionale Zuteilung von Ansprüchen, d.h. von Geld, Waren oder Leistungen an verschiedene Individuen oder Gruppen. Kommt es zu Streitigkeiten, dann entscheidet die bürgerliche Justiz.

Die Frage nach der Gerechtigkeit ist immer eine nach dem Recht. Und was Recht ist, ist letztendlich eine Frage der gesellschaftlichen (nicht zu verwechseln mit der politischen!) Gewalt. Die reine Gerechtigkeit wäre demnach die reine Gewalt. Ansonsten ist Gerechtigkeit eine Leerformel, mit der sich dieses und jenes einbilden, behaupten und verlangen läßt. Etwas überspitzt könnte man sagen: Gerechtigkeit ist die subjektive Gewalt, die man nicht hat.

Die gemeinhin eingeforderte Gerechtigkeit kann also nichts anderes sein als die abstrahierte Seele gewünschter Gesetzmäßigkeit, letztlich zugespitzte bürgerliche Moral in ihrer ideellen Form. Sie repetiert auf ideologischer Ebene, was ökonomisch sowieso faktisch ist, und hält bis zum Überdruß das Ganze auch noch für einen Widerspruch und nicht für eine Entsprechung.

Damit es in aller Gemeinheit gesagt ist: Wer für Gerechtigkeit ist, ist für den Kapitalismus, der nichts anderes ist als jene. ■

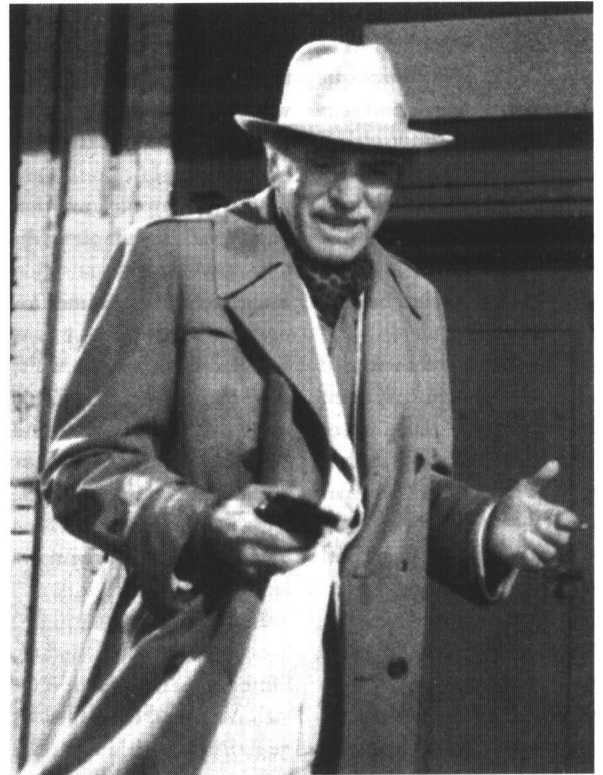
OK: Ein klug ausgewählter Feind

Bei der Wahl seiner Feinde kann man nicht sorgfältig genug sein, meinte Oscar Wilde. Die Warnung des großen Spötters müssen vor allem diejenigen beherzigen, die den Feind dazu brauchen, mehr Ressourcen und Befugnisse zu erlangen, denn sie sind ja dabei auf seine fort-dauernde Existenz angewiesen. Der Feind muß so gefährlich sein oder scheinen, daß das Volk als Souverän etliche seiner Rechte an den abtritt, der ihn bekämpft, aber nicht so gefährlich, daß der Kampf aussichtslos erscheint und der Feind letztlich den Staatsapparat zerstört, um ihn durch seinen eigenen Machtapparat zu ersetzen. Kurzum, die Politiker und ihre Bürokraten brauchen einen Feind, mit dem sie sich arrangieren können, ohne daß das Volk etwas davon merkt.

VON ERWIN WEISSEL

Diese Sichtweise, wie sie eine erkleckliche Zahl von Politökonomen teilt, setzt freilich voraus, daß der Staat nicht als Förderer und Wahrer des allgemeinen Wohls aufgefaßt wird, sondern als ein Macht- und letztlich Zwangsapparat, den Interessengruppen für ihre Zwecke einzusetzen suchen, und zwei davon sind die Politiker und die Bürokraten. Scharf formuliert haben wir es mit einem „kleptokratischen“ Staat zu tun, der möglichst viele Mittel an sich ziehen will, um sie seinen Herrn und Dienern zuzuschancen, deren an die Allgemeinheit erbrachte Leistungen in keinem Verhältnis dazu stehen. Die Differenz zwischen Nutzen und Aufwand ist eine „Rente“, ein leistungsloses Einkommen, das diese Kleptokraten in die Tasche stecken, und sie kann nur entstehen, wenn der Bevölkerung eine geringwertige Leistung als ungemein wichtig und wertvoll aufgeschwatzt wird.

Damit sind wir bei der organisierten Kriminalität oder kurz OK angelangt, die



unbedingt mit allen Mitteln bekämpft werden muß, weil sie ungeheuer gefährlich ist, wie uns die Kleptokraten und die von diesen kontrollierten Medien ohne zu ermüden versichern. Die Kleptokratie-Theorie betrachtet das organisierte Verbrechen als eine Konkurrenzunternehmung des Staates, denn

alles, was dieses für sich zu erraffen vermag, ist für jenen verloren. Man würde nun erwarten, daß der Staat den Konkurrenten eliminiert, mit der OK aufräumt, aber man muß berücksichtigen, daß dieser Kampf erhebliche Kosten verursacht, die der Staat nur dann auf sich nehmen wird, wenn sie gering sind

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT ...

Wie so oft bei Vorstellungen, die auf Mythen beruhen, liefert auch der Begriff der kriminellen Organisation nicht nur den Rahmen der Beschreibung, sondern gleichzeitig eine in sich geschlossene, der Falsifizierung durch Konfrontati-

on mit der Wirklichkeit unzugängliche Erklärung. Hier steht kein Wissensdefizit im Vordergrund, sondern die Forderung nach neuen, der geschilderten Lage besser angepaßten strafrechtlichen Bestimmungen und nach mehr Mitteln für die

Polizei. Es gilt dabei, eine doppelte Bedrohung abzuwenden: die Unterwanderung der Gesellschaft „von unten“ und die Infiltration der Gesellschaft „von außen“. Die Parallelen zum Bedrohungsparadigma des kalten Krieges sind offensichtlich.

als die Renteneinbußen, die ihm die OK verursacht. Und es ist mehr als plausibel, daß dies für die völlige Eliminierung des organisierten Verbrechens nicht zutrifft, das ja nicht bloß die staatliche Rente verringert, sondern gleichzeitig auch Quelle einer Rente ist, sofern die Bürger übertölpelt werden können.

So wird man denn auch eine exakte Definition dessen, was OK ist, vergeblich suchen, da der Feind umso gefährlicher wirkt, je geheimnisvoller er ist. Er läßt sich so auf furchterregende Größe aufblähen, wie die italienische Mafia, auf die als gemeingefährlicher Koloß so gerne hingewiesen wird, während in Wirklichkeit, wie Versuche seriöser Schätzungen zeigen, z.B. die italienische OK regional zersplittert und innerhalb der Regionen in Familien oder Clans gegliedert ist, die beileibe nicht immer kooperieren, und der harte Kern in jeder Region (wie etwa Sizilien oder Kalabrien) nur ein paar tausend Mitglieder umfaßt. Die Un-

schärfe macht es auch möglich, nach Belieben irgendwelche Aktivitäten zur OK zu rechnen und zu „bekämpfen“ und andere, fast identische wieder nicht. Wenn beispielsweise gestohlene Waffen in irgendwelche Krisenregionen geschmuggelt werden, ist das organisiertes Verbrechen, aber wenn der französische Waffenerzeuger Luchaire unter Bruch des Embargos, tatkräftig unterstützt von Zollbehörden und Verteidigungsministerium, mit Hilfe dubioser Firmen Munition angeblich nach Thailand, Jugoslawien, Portugal und Pakistan geliefert hat, die dann im Iran landeten, der damals Krieg gegen den Irak führte (der gleichfalls von Frankreich mit Waffen beliefert wurde), dann ist das nicht OK, sondern okay.

Organisiertes Verbrechen klingt so schön gruselig nach gewaltigen Beutezügen in Begleitung von Mord und Totschlag, und da muß doch der Staat den vielen armen Beraubten und Bestohlenen beistehen. Bei seriöser Be-



Es ist kein Geheimnis, daß das organisierte Verbrechen Amerikas jedes Jahr über vierzig Milliarden Dollar einnimmt. Das ist eine ganz beträchtliche Summe, vor allem wenn man bedenkt, daß die Mafia sehr wenig für Bürobedarf ausgibt.

... UND EMPIRISCHE FORSCHUNG

So nebelhaft die Wirklichkeit hinter dem Begriff der organisierten Kriminalität auch erscheinen mag, so klar und unumstößlich ist die Tatsache, daß illegale Güter und Dienstleistungen angeboten werden und daß eine Nachfrage für solche Güter und Dienstleistungen besteht. Es sollte demnach möglich sein, illegale Märkte mit denselben analytischen Instrumenten zu untersuchen, die zur Analyse legalen Wirtschaftens eingesetzt werden. (...)

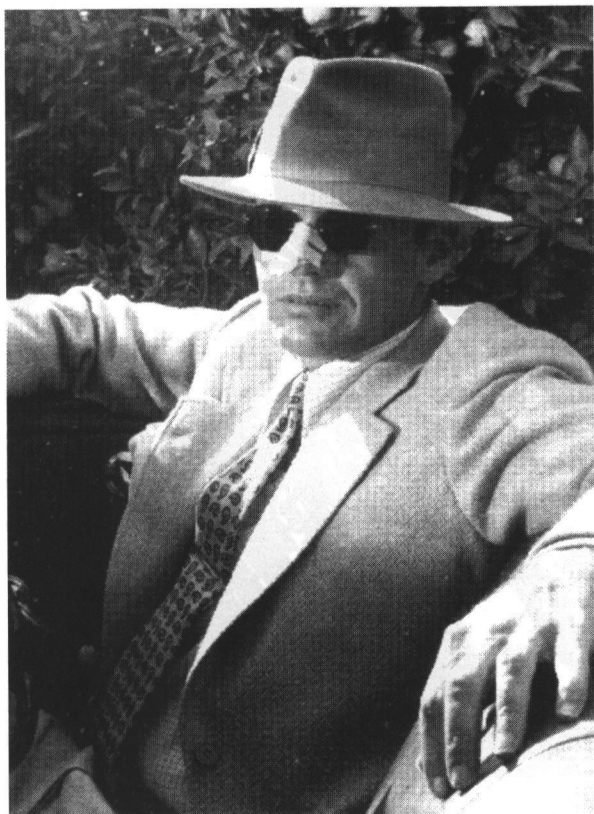
Versuchen wir nun, die Fragen abzugrenzen, die forschungsleitend sein können.

Der Staat verbietet – aus sozialpolitischen oder ethischen Gründen – den Handel mit bestimmten Gütern und unterwirft den Handel mit legalen Gütern einer gesetzlichen Regelung. Das schafft alternative Opportunitäten des Zugangs zu Geld, Prestige, Selbstverwirklichung, sozialer Mobilität, Macht. Der soziale Ort, in welchem sich diese

Opportunitäten konkretisieren, ist der (illegale) Markt, d.h. das in Raum und Zeit situierte Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage. Als Akteure treten einerseits illegale Unternehmungen auf (hier als Sammelbegriff für die verschiedenen Organisationsformen des Angebots verstanden), andererseits Personen, die einen Bedarf nach den angebotenen illegalen Gütern anmelden. Als Teilnehmer gelten auch die Vertreter der Strafver-

folgungsbehörden und anderer sozialer Institutionen (Banken, Treuhandgesellschaften, usw.), die Struktur und Dynamik der illegalen Märkte, sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite, entscheidend beeinflussen. Dies alles, wohlverstanden, in einem vorgegebenen gesellschaftlichen Rahmen.

Aus: Claudio Besozzi: *Organisierte Kriminalität und empirische Forschung*, Rüegger, Zürich 1997.



Alle Mitglieder der Unterwelt wurden in einem Restaurant in Perth Amboy zusammengetrommelt, wo Columbraro ihnen sagte, der interne Krieg müsse aufhören und sie sollten sich von jetzt ab anständig anziehen und aufhören, verdächtig in der Gegend herumzuschleichen. Briefe, die man früher mit einer schwarzen Hand unterzeichnet hatte, sollten in Zukunft „mit freundlichen Grüßen“ schließen, und das ganze Revier würde nun gleichmäßig aufgeteilt werden, wobei Columbraros Mutter New Jersey bekäme. So entstand die Mafia oder Cosa Nostra (wörtlich „meine Zahnpasta“ oder „unsere Zahnpasta“).

Zitate aus: Woody Allen: Wie du dir so ich mir, S 15 ff: Ein kurzer Blick auf das organisierte Verbrechen, Rowohlt Taschenbuch, Reinbek bei Hamburg, 1984

trachtung jener Aktivitäten, die man vernünftig als organisiert ansehen kann, entfallen davon über zwei Drittel auf die Produktion von und den Handel mit Drogen. Addiert man dazu noch die Geheimprostitution und verbotene Glückspiele, dann ist der Großteil dessen, was die OK anstellt, eine Vielzahl von „Verbrechen ohne Opfer“, denn wer Rauschgift, Prostitution oder Glückspiel frönt, tut dies freiwillig. Nicht wenige Autoren haben darauf hingewiesen, daß die Legalisierung dieser Laster ein furchtbarer Schlag für die OK wäre, aber da wird der Staat moralisch – jener Staat, der auf die Zigarettenspackungen drucken läßt, daß Rauchen die Gesundheit gefährdet, und Tabaksteuer kassiert. Allerdings hätte man mit Legalisierung schon früher beginnen müssen, denn die OK ist inzwischen in das legale Geschäft

eingestiegen – das Innenministerium in Rußland etwa schätzt, daß die „Rote Mafia“ dort bereits die Hälfte des Finanzkapitals und ein Drittel der Produktion kontrolliert, wobei auch dort die Zersplitterung in eine Vielzahl von Gangs zu beobachten ist. Der Staat ist bei derartigen Deals auch nicht immer zur Stelle, wenn Privatfirmen zu Partnern der OK werden – in Japan haben Realitätenfirmen, Bodenspekulanten die „yakuza“ engagiert, um Verkaufs- oder Zahlungsunwillige zu „überreden“ und der Staat sah im Wirtschaftsaufschwung tatenlos zu, wenn Gangsterbosse zu Direktoren gemacht wurden, mit der Folge, daß heute in der miesen Situation vermutlich bis zu einem Drittel der geplatzten Seifenblasen durch die OK zumindest mitverursacht ist.

Damit sind wir bei der Beziehung zwischen Staat und OK angelangt, die wir nicht nur als Korruption auffassen dürfen. Zweifellos hat sie beim Aufschwung der OK eine große Rolle gespielt – in Rußland läuft ihr Draht bis in den engsten Kreis um Jelzin, in Japan waren Beziehungen zu Politikern mit im Spiel. Zweifellos spielt die Bestechung von Politikern und Beamten eine große Rolle und der Staat hat sich noch nie den Kopf darüber zerbrochen, wie er mit Bestechlichen gegen die Bestechung ankämpfen soll. Aber das ist nur die Oberfläche. Wie die Auseinandersetzungen um Lauschangriff etc. gezeigt haben, ist der Staat entschlossen, jeden Bürger zu bespitzeln, denn der könnte ja kriminell oder – bewußt oder unbewußt – mit

Kriminellen in Kontakt sein. In diesem vorgeblichen Kampf gegen die Kriminalität werden, da ja nur Waffengleichheit Erfolg verspricht, kriminelle Methoden bedenkenlos eingesetzt und durch Kontrollinstanzen gedeckt. Als beispielsweise (siehe den Bericht im Falter, 8/98) bei einer Drogenrazzia die unrühmliche WEGA rechtswidrig handelte, erklärten sich Unabhängiger Verwaltungssenat und Gericht für unzuständig (wobei allerdings zuzugeben ist, daß ein allfälliges Verfahren ohnehin mit Freispruch geendet hätte, wie die bisherige Erfahrung zeigt).

Wie wenig ernst die rücksichtslose Bekämpfung der OK genommen wird, zeigt die „Aufbesserung“ des deutschen Gesetzes, das den Lauschangriff zuläßt: Dort haben die Herren Abgeordneten nicht nur sich selbst, sondern auch einige andere Berufsgruppen vom Belauschen ausgenommen – und damit auch die Gesprächspartner, die ja allesamt potentielle Kriminelle oder mit Kriminellen in Kontakt sind. Vordergründig geht es darum, daß der Preis für die Kriminalitätsbekämpfung, nämlich ein tiefer Eingriff in die Privatsphäre, nur von den gewöhnlichen Bürgern zu bezahlen ist, und das sind wir ja schon gewohnt. Eben deshalb wird übersehen, daß es nicht um den Schutz des Bürgers, sondern des kleptokratischen Staates geht, der sich in seinen Geschäften lieber auf die, vom gleichen Motiv beseelte OK einläßt als auf die Wünsche seiner Bürger.

Es wird Zeit, uns vor unseren Beschützern zu schützen.

Europol

Das System zur Einschließung

Europol ist der logische Nachfolger der Trevi-Gruppe. Dieses Forum soll am 2.12.1975 in Rom gegründet worden sein und war ein Forum für europäische Innenminister und vieler Arbeitsgruppen von Ministerialbeamten, die sich im Laufe der Jahre neben dem zentralen Thema Terrorismus auch den Bereichen Migration, Drogen und Organisierter Kriminalität widmeten. Die Tagungen fanden immer im jeweiligen Land statt, das gerade den EG-Vorsitz hatte. Die erste Ebene bildeten drei EG-Präsidenten, der vergangene, der gegenwärtige und der zukünftige, die zweite war der Ausschuß der Hohen Beamten der Innenministerien, dazu gehörten inoffiziell auch die Geheimdienstleiter, die dritte Ebene waren die Trevi-Arbeitsgruppen. Die Trevi-Arbeitsgruppen haben sich mittlerweile im großen und ganzen, bis auf die Trevi-Gruppe Terrorismus, in die K.4-Steuerungsgruppen verwandelt, die die gesetzlichen, technischen und inhaltlichen Rahmen der Europol ausarbeiten. Die Trevi-Verbindungsbeamten und ihre Büros bei den nationalen Polizeien und Geheimdiensten werden in das Europol-Verbindungsnetz übergehen. Interpol wird im Hinblick auf die Kooperation mit Nicht-EU-Ländern weiterhin bestehen. Auf österreichisch: Die nationalen Experten der Innenministerien schnapsen sich ihre Befugnisse selber aus und legen ihre Forderungen dann

zur gefälligen Kenntnisnahme dem Ministerrat, der Kommission und den Parlamenten vor.

Am 4. 9.1992 inaugurierten die Innen- und Europa-ministerInnen Frankreichs und Deutschlands das Europol-Bureau in Straßburg. Erster Leiter der Europol ist Jürgen Storbeck, stellvertretender Chef des BKA und Leiter der deutschen Interpol-Sektion. Es blieb damals unklar, ob es sich hier um einen Alleingang von Deutschland und Frankreich handelte oder in der „ad-hoc-Informalität“ der ministeriellen Trevi-Gruppe akkordiert war.

Im Januar 1994 begann auf Grund einer Ministereinbarung vom 2.6.1993 Europol zu arbeiten, damals mit den Funktionen einer schnellen Informationsaustauschstelle, der Koordinierung und der Auswertung. Die Aufgabe betraf illegalen Drogenhandel mit damit verbundener Geldwäsche über eine interne EU-Grenze hinweg. Im Herbst 1994 wurde ein Entwurf für das Abkommen unter deutscher Präsidentschaft an die anderen Regierungen gesandt, mit einem Vorschlag über die Rolle des EuGH. Ein Schutz für betroffene BürgerInnen war darin nicht vorgesehen.

Am 27.6.1995 beschloß der Europäische Ratgipfel eine Empfehlung an die Mitgliedsregierungen, die Europol-Konvention so schnell als möglich durch die nationalen Parlamente zu bringen. Allein die EuGH-Zuständigkeit wurde auf später verschoben.

Die Europol-Konvention wurde am 26.7.1995 vom Ausschuß der Ständigen Vertreter unterzeichnet. Damit konnte die EDU mit den Vorbereitungen zur Europol beginnen. Nun waren die zusätzlichen Aufgaben butterweich genau definiert; Illegaler Drogenhandel, illegale Einwanderung und Menschenhandel, Atomschmuggel und Kfz-Diebstähle. Über Geldwäsche, Steuerhinterziehung, Banken und Holdings hörte man dagegen nichts, diese fallen nämlich unter den vergemeinschafteten 1. Pfeiler.

Die Festung der Europol in Den Haag, gesichert von Wassergräben, Panzersperren, Stahlzäunen und Überwachungskameras. Vorläufig ist es nur der Sitz des Kerns der zukünftigen Europol, der „Europäische Drogeneinheit“ (EDU), auf Grund rein ministerieller, intergouvernementaler Beschlüsse, ohne Einflußnahme der Europäischen Kommission, des Europäischen oder der nationalen Parlamente. Der Ministerrat und seine ausführenden Bürokraten herrschen hier, sonst niemand. Die EDU selbst ist als Sammelzentrale von Information und deren Verwertung eingerichtet und besteht personell aus Verbindungsbeamten zu den einzelnen nationalen Polizeistellen, Computerspezialisten und Kriminalisten. Diese unterstützen europaweit online die Ermittlungen der nationalen Polizeien.

Was hier entsteht, kann man aus dem 1996 Arbeits-

Am Mittwoch, dem 17.6.1998, beschloß das österreichische Parlament ein Protokoll, das der Europol erlaubt, straffällig in Österreich zu werden, ohne dafür belangt werden zu können. Die Vorrechte und die Immunität, die auch nach Beendigung der Amtszeit aufrecht bleibt, werden die Begehrlichkeit der österreichischen Exekutive steigern. Man wird es noch erleben, was sie sonst noch, neben dem von FP-Kleindienst Geforderten, so alles möchte. Leider! Beschwerden gegenüber dem Europol sind so verunmöglicht. Sinn macht diese Immunität ja auch deshalb, weil die Europol de facto den europäischen Inlandsgeheimdienst bildet.

Teil II: Die Ernüchterung

VON GLÜCKSTHAL LAJOS

report der EDU herauslesen: Das Projekt „Balkanroute“ beobachtete nicht nur den Drogenhandel, sondern auch gleich die „illegale Migration“ und deren „Netzwerke“. Der Ministerratsbeschluss im Juni 1993 sah nur Aktivitätsfelder im Bereich Drogenhandel vor. 1995 wurde das Tätigkeitsfeld auf Handel mit nuklearem Material, Autoschmuggel, Geldwäsche und Verbrechen im Zusammenhang mit illegalen Migrationsnetzwerken ausgedehnt. 1996 wurde der EDU noch mehr an Kompetenz zugestanden. Die EDU arbeitet mittlerweile mit dem Schengen-Rat und der Interpol im Bereich Autoschmuggel zusammen. Aus diesen Zusammenhängen ist ersichtlich, daß die EDU, der Vorläufer der Europol bereits operativ tätig ist. Aufgaben von Europol sind Grenzsicherung, Asyl und Migration, Terrorismus und Drogenhandel. Das heißt, durch die Übernahme der Schengener und Dubliner Abkommen in das EU-Recht, wie beim Treffen des Schengener Exekutivkomitees vom 27.6.1996 diskutiert, und in die EU-Institutionen wird dann die Europol zur Bundeszentralpolizei des EU-Zentralstaates. Diese Rolle für die Europol forderte der Koordinator der EDU, Jürgen Storbeck, schon am 11.10.1996. Die Datensysteme EIS und SIS werden später integriert werden, und die Befugnisse aus den Schengener Abkommen werden die in der Europol-Konvention festgelegten Tätigkeitsfelder von Europol erweitern.

Zum Schengener Exekutivkomitee sei nur soviel angemerkt: Es soll aus vier Ebenen bestehen, dem Exekutivkomitee der Minister,

dem Sekretariat, der „Zentralgruppe“ und dem Präsidenten. Die Zentralgruppe besteht aus hohen Beamten, die die Entwürfe für das Exekutivkomitee ausarbeiten. Das Komitee arbeitet im geheimen und ist keiner parlamentarischen Kontrolle unterworfen. Die von ihm gefällten Entschlüsse können für die Vertragsstaaten bindend sein. Laut dem Schengener Implementierungsabkommen dürfen auf Anregung von Autoritäten, die verantwortlich für die Staatssicherheit sind, persönliche Daten im SIS zum Zwecke der Überwachung gespeichert werden. Damit ist eine Möglichkeit im Abkommen gegeben, BürgerInnen auf Grund ihrer politischen Tätigkeit zu überwachen.

Die Europol-Konvention sieht nun operative Tätigkeiten (nach Artikel K.2 des Vertrages von Amsterdam, 17.6.1997) wie verdeckte Ermittlungen, Lauschangriff und präventive Verbrechensabwehr für Europol vor. Dazu kommt ein gemeinsamer Datenverbund mit den nationalen Polizeien, in dem tatsächliche StraftäterInnen und mutmaßliche, also Tatverdächtige, eingespeichert und abgerufen werden können und müssen, die bekannte Rasterfahndung also, und der online benutzbar ist. Ein zweites Datensystem ist ein nach außen abgeschottetes Analysensystem. Hier sollen sensitive Informationen von Geheimdiensten (Art.4 V Nr. 3), Aussteigern, Opfern, Kontaktpersonen und Zeugen gesammelt und zu Gesamtbildern von Verdächtigen und Verbrechern zusammengesetzt werden. Die dritte Datei ist ein Index von Stichworten. Auskunftsrechte gibt es dank Ermessensregeln

praktisch keine. So wird in einer europäischen Zentrale, unkontrolliert von Justiz und Parlament, ohne jede Verantwortung alle möglichen Daten zu allen möglichen Personen vor sich hin gesammelt und ausgewertet. Mißliebige BürgerInnen können jederzeit einen Datensatz verpaßt bekommen, der sie bis ins Gefängnis bringen kann. Ist man schon Kontaktperson eines Kriminellen, wenn man in der U-Bahn neben ihm zu stehen kommt? Der ständige Vergleich mit dem amerikanischen FBI kann ja auch nur dann stimmen, wenn Europol zum Inlandsgeheimdienst der EU wird, wie es ja das FBI in den USA ist. Denn an sich sind Vorfelddermittlungen, Überwachung von Verdächtigen bis jetzt Sache der nationalen, politischen Inlandsgeheimdienste. Das hat ja in Großbritannien bekanntlich dazu geführt, daß Personen auf Grund vertraulicher Geheimdienstdaten zu IRA-Verdächtigen wurden und unschuldig zwanzig Jahre in Haft saßen.

Dazu kommt noch ein Zusatzprotokoll zur Europol-Konvention, die diesen Polizeibeamten Immunität verschaffen soll. Sie soll man strafrechtlich nicht verfolgen können, Übergriffe können nicht geahndet werden, sie können Aussagen verweigern, sie stehen über dem Recht. Vorgeblich geht es dabei um deren Schutz vor Erpressung. Wie steht es aber um den Schutz der Bürgerinnen vor ihnen? Denn einerseits ist die Definition von Organisierter Kriminalität sehr fraglich, andererseits soll Europol auch Aufgaben im Bereich Terrorismus übernehmen. Auch die Reichweite dieses Begriffes ist unscharf. Inwieweit politische Opposition darun-

terfällt, wird man noch sehen und fühlen. Ob dann zum Beispiel die Existenz der EU noch bekräftelt werden darf oder ob das schon ein politisches Verbrechen darstellen wird, bleibt solange aufgeschoben, als sich noch ganze Mitgliedstaaten in ihrer EU-Politik unsicher sind.

Die österreichische Zweigstelle der Europol ist bereits eingerichtet, bei der EDOK, der Einsatzgruppe zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Das Ganze ist am Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten vorbei von den Regierungen ausverhandelt und beschlossen worden, da die dritte Säule noch nicht vergemeinschaftet ist. Parlamente dürfen nur mehr darüber abstimmen. Das deutsche hat dies bereits im Oktober 1997 gemacht und die Konvention angenommen, erleichtert durch die Abwesenheit der SPD-Politiker.

Demokratische Kontrollen dieser Superbehörde sind nicht vorgesehen. Die nationalstaatlichen Kontrollorgane sind für Europol nicht zuständig, europäische gibt es nicht. Ab Juli 1998 soll Europol funktionsfähig sein und aktiv werden.

Am 26.1.1998 wurde beim EU-Ministerrat ein „Aktionsplan“ angenommen, auf deutschen Druck wegen der kurdischen Flüchtlinge aus der Türkei und dem Irak. AsylwerberInnen sollen ihre Fingerabdrücke durch das Eurodac abgenommen und EU-weit vergleichbar gemacht werden, um ihre Identität und ihre „Illegalität“ festzustellen. Dabei soll die EDU helfen, festzustellen, inwieweit Organisierte Kriminalität in die Migration involviert ist. Gemeinsame

„Abwehr“-Projekte der EU-Staaten sollen von der EDU koordiniert werden.

Dritte Säule (Justiz- und Innenpolitik) und das K.4-Komitee

Im Maastrichter Vertrag ist im Titel VI, Artikel K die sicherheitspolitische Kooperation in den Bereichen Asylpolitik, Terrorismus, Drogen, Migration und Grenzschutz festgelegt. Das Komitee K.4 lenkt die Arbeit der untergeordneten Arbeitsgruppen im Auftrag des Ministerrates für Inneres und Justiz. Viele der inhaltlichen, technischen und juristischen Richtlinien, viele Vorarbeiten haben wie bei den Trevi-Gruppen nie das parlamentarische Licht erblickt, sondern wurden intergouvernemental beschlossen oder informell gehandhabt. Erst wenn alle Bedingungen und Wünsche der verschiedenen Polizeien und Innenministerien angeglichen und festgehalten worden sind, werden mit vereinter politischer und medialer Schlagkraft Parlamente und Öffentlichkeiten von der unabdingbaren Notwendigkeit überzeugt, diese Wunschlisten zu ratifizieren und gutzuheißen. Sehr viele Bereiche werden im EU-Ministerrat so gehandelt, um parlamentarischen Kontrollen und zu großer Öffentlichkeit zu entgehen. Die Europol-Konvention wurde zum Beispiel im Innenausschuß des deutschen Bundestages ohne Sachverständige durchgebracht. Das Parlament nahm sie an, ohne Debatte. Die K.4-Beamten haben zum Beispiel die Richtlinien für die analytischen Dateien der Europol ausgearbeitet. Dabei werden auch Daten von Nichtverdächtigen einbezogen. Abgespeichert werden



Die besten Methoden, das organisierte Verbrechen zu bekämpfen, sind:

1. Sagen Sie den Verbrechern, daß Sie nicht zu Hause sind.
2. Rufen Sie immer dann die Polizei, wenn eine ungewöhnlich große Anzahl Männer der sizilianischen Wäschereigesellschaft in Ihrem Hausflur anfängt zu singen.
3. Telefone anzapfen.

Das Anzapfen des Telefons läßt sich nicht wahllos anwenden, aber die Wirksamkeit wird durch die folgende Abschrift einer Unterhaltung zwischen zwei Gangsterbossen in New York unterstrichen, deren Telefone das FBI angezapft hatte.

Anthony: Hallo? Rico?

Rico: Hallo?

Anthony: Rico?

Rico: Hallo.

Anthony: Rico?

Rico: Ich kann dich nicht hören.

Anthony: Bist du's, Rico? Ich kann dich nicht hören.

Rico: Was?

Anthony: Kannst du mich hören?

Rico: Hallo?

Anthony: Rico?

Rico: Wir haben eine schlechte Verbindung.

Anthony: Kannst du mich hören?

Rico: Hallo?

Anthony: Rico?

Rico: Hallo?

Anthony: Fräulein, wir haben eine schlechte Verbindung.

Fräulein von der Vermittlung: Legen Sie auf und wählen Sie bitte noch einmal.

Rico: Hallo?

Auf Grund dieses Beweismaterials wurden Anthony („Der Fisch“) Rotunno und Rico Panzini überführt, und im Augenblick sitzen sie wegen illegalen Besitzes von Scheuerpulver fünfzehn Jahre in Sing-Sing.

*Aus: Woody Allen: Wie du dir so ich mir, S 15 ff.
Ein kurzer Blick auf das organisierte Verbrechen,
Rowohlt Taschenbuch, Reinbek bei Hamburg, 1984*

sollen, ihren Vorstellungen nach, Religion, Rasse, politische Meinung und sexuelle Orientierung. Die Daten können über Personen gesammelt werden, die verdächtig oder verurteilt sind, die möglicherweise in Zukunft ein Verbrechen begehen könnten, die zukünftige Zeugen, Kontaktpersonen und Wissende sein könnten und schließlich Opfer und mögliche Opfer. Dazu sollen alle Daten und Datenbanken verwendbar gemacht werden, die die Europol als notwendig erachtet. Das ausgearbeitete Manual ist klassifiziert. Der Ministerrat für Inneres und Justiz in Brüssel nahm am 26./27.5.1997 die ausgearbeiteten Richtlinien an, ebenso wie das von denselben hohen Beamten ausgearbeitete Protokoll über Privilegien und Immunität von Europol-Beamten.

Die Steuerungsgruppe I soll die Harmonisierung im Bereich Asyl und Immigration und die Ratifizierung des Dubliner Abkommens durch die Mitgliedstaaten vorantreiben. Schon am 4./5.12.1997 hat der Ministerrat für Inneres und Justiz einen Vorschlag der Arbeitsgruppe „Migration“ gutgeheißen, laut dem die EDU Informationen über organisierte illegale Immigration sammeln soll und ein Projekt zur „Abwehr“ der irakischen Kurden organisieren soll.

Steuerungsgruppe II ist für Polizei- und Zollkooperation zuständig. Dort werden auch die technischen und gesetzlichen Voraussetzungen zur Satelliten- und Telekommunikationsüberwachung ausgearbeitet, die Installation einer DNA-Datenbank und das Europol-Computersystem (TECS) vorbereitet, die Kooperation

von Europol mit dem Zollinformationssystem (CIS) und schließlich die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Terrorismus der Zweiten Säule (Verteidigungs- und Außenpolitik) sichergestellt. Hinzu kommt etwas für normale politische BürgerInnen sehr Interessantes: „extending existing public order cooperation in the area of sport to other situations as demonstrations, major public events and other large-scale events involving citizens from several EU Member States and compiling a manual listing national crisis centres.“

Hinzu kommt eine Initiative für ein EU-FBI-System zur Überwachung von Telekommunikation. Die Betreiber von Netzwerken sollen Aufnahmen ermöglichen. Eine kleine Notiz: In Frankreich ist es Privatpersonen verboten, ihre Nachrichten zu verschlüsseln. Siehe unten im Teil Enfopol.

Steuerungsgruppe III ist für die juristische Zusammenarbeit im Straf- und Zivilrecht zuständig.

Enfopol

Ein Überwachungssystem für Europa im Rahmen der Dritten Säule ist im Entstehen begriffen. Ein bekannt gewordenes „memorandum of understanding“ sieht vor, Schwerverbrechen durch Überwachung jedes Informationsaustausches von e-mail über Satelliten bis zum Handy zu bekämpfen. Provider haben entsprechende Schnittstellen für die Nachrichtendienste zur Verfügung zu stellen. Dabei fallen nicht nur Inhalts-, sondern auch Bewegungsdaten der BenutzerInnen an. Konsumenten dieser Daten sind Innenministerien, Staatspolizeien und Europol. Die legislative Seite

von Enfopol behandelt natürlich das K.4.-Komitee. Das Memorandum ist 1995 von allen EU-Staaten unterzeichnet worden. Ob der legislative Angriff der österreichischen Koalitionsregierung auf die Gesellschaft mittels „Rauschangriff und Lasterfahndung“ damit im Zusammenhang steht oder auf ihre eigenen Kontrollwünsche zurückgeht, läßt sich nicht ausmachen. Die zeitliche Abfolge läßt aber zumindest die Vermutung zu, daß hier ein ständiger Doppelpaß gespielt wird. Bekommt Europol Kompetenzen und Techniken weit über die der nationalen Polizeien hinaus, fordern diese ebensolche für sich und umgekehrt. Was bei diesem Eskalationsspiel auf dem Spiel steht und wer hier alles gewinnen will, sollte nun allen klar geworden sein. Denn die politischen Ergebnisse dieser sich entwickelnden Sicherheitsmaschinerie werden sich rechtsextreme Parteien abholen, wenn in der Europäischen Union an die Stelle sozialer Sicherheit Arbeitspflicht und willkürliche Polizeiüberwachung treten. Auf dem Weg von der sozialen zur repressiven Demokratie darf natürlich nicht mit Geld gespart werden. Kein Zufall aber ist es, daß in den von autoritären Mentalitäten bestimmten Republiken Österreich und Deutschland die Umsetzung am leichtesten vonstatten ging, teilweise auch der geographischen und besitzgläubigen Mentalität gegenüber Osteuropa geschuldet.

Die angelsächsischen Länder USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland besitzen bereits ein solches System, genannt „Echolon“. Die in Europa gewonnenen Daten werden

über eine englische Zentrale nach Fort Meade zur National Security Agency (NSA) weitergeleitet. Ursprünglich begann es als „Britain-USA-agreement“ (Brusa) über gemeinsame Aufklärung in der Kommunikation während des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1943. 1948 wurde es als Ukusa erneuert, zwischen der US-amerikanischen NSA als Nachfolgerin der Army Security Agency (ASA) und dem britischen GCHQ.

Auch bei Enfopol geht es nicht um die Ahndung von Verbrechen und Feststellung von Schuld, sondern um Prävention, umschrieben als antizipierte Strafverfolgung. Und in der Nacht sind alle Katzen grau oder alle sind schuldig. Die Kriterien sind nämlich so weit gefaßt, daß jede/r Ziel der Überwachung werden kann.

Auch hier war der Anlaß die Öffnung der Telekommunikationsmärkte, die herkömmliche Überwachungstechniken obsolet werden ließen. Daher beschlossen die Sicherheitsdienste, ihre Wünsche nach Kontrolle in den Grundgesetzen der Staaten festschreiben zu lassen. Und ihre Leute in Medien und Politik machten wieder die Begleitmusik dazu, die große Oper von der Organisierten Kriminalität. Diese kann, nochmals in Erinnerung gerufen, nur mit Hilfe von staatlichen Stellen existieren, d.h. mit Unterstützung aus Politik und Exekutive (gut dokumentierte Beispiele sind Italien und Belgien, z.T. auch Frankreich, über Rußland muß in diesem Zusammenhang erst gar nicht geredet werden), aber auch durch Mithilfe in der Wirtschaftspolitik dank Bankgeheimnis, Wirtschaftsanwälten und Holdinggesetzen. ■

Codenummer K28

Zoom: *Im Zusammenhang mit der Aufdeckung der Gladio-Struktur 1990 wurde im ORF eine Dokumentation von Podgorsky jun. und Monika Halkort gesendet. Darin erscheint eine mysteriöse Person namens Kard-schi Ney. Kannten Sie ihn?*

Molden: Ich kann mich an den Namen nicht erinnern, das heißt allerdings nicht, daß ich ihn nicht möglicherweise getroffen habe.

Ich habe gelesen, daß Sie Akteneinsicht in Washington genommen haben. Wie kam es dazu?

Ganz einfach, im Jahre 1988/89 durch meinen alten Freund John Mapother, der damals meines Wissens noch bei der CIA war, aber es kann auch durch einen der österreichischen Diplomaten in Washington vermittelt worden sein. Damals wurden Akten von der CIA freigegeben und in die National Archives übersiedelt. Da ist dann einer mit mir hingefahren und hat mich mit dem dortigen Deputy Director zusammengebracht. Dieser war ein Deutscher, der im Jahr 33 emigrierte. Der fragte, was mich interessiere, und ich nannte ihm meinen Code, K-28, und wollte alles sehen, was mit der Nummer zusammenhing.

Als OSS-Mann?

Das war mein Code im Zweiten Weltkrieg, den ich von der OSS erhielt. Es wurden damals nie Namen benützt. Im Krieg wurden ja die gegenseitigen Codes geknackt. Auf jeden Fall bekam ich

dann in Washington stoßweise Berichte und Kabeltelegramme, jedoch hatte ich nur wenig Zeit zur Verfügung. Ich konnte mich nur auf wenig konzentrieren.

Im Herbst/Winter 1944 gab es in London, Washington und Bari eine lebhaft Auseinandersetzung um meine Person. Die Engländer waren der Überzeugung, ich sei ein Doppelagent. Die Nazis hätten mich geplanterweise in die Schweiz geschickt. Die Engländer waren recht konsequent in ihrer Auffassung und sagten, daß man mich über den Rhein schicken sollte. Wenn mich die Deutschen abschießen würden, dann wäre ich ein „honest guy“, und wenn sie mich nicht abschießen, dann bin ich eben ein Doppelagent. Die Amerikaner meinten, daß wäre nicht sehr zielführend, weil tot würde ich ihnen nichts mehr nützen. Die Engländer meinten, ein bißchen Risiko müsse der Mensch auf sich nehmen. Davon ließen sich die Amerikaner nicht überzeugen. Trotzdem gab es eine lange Diskussion und schließlich eine eigenen Konferenz auf einem relativ hohen Level. Dulles schickte seinen Stellvertreter Gary Van Arkel nach London, die Franzosen Guy de Rocquemorel, mit dem ich gearbeitet habe, das Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces Europe und das Hauptquartier in Caserta schickten ebenfalls Vertreter. Die Engländer legten ihren „case“ vor und meinten, es wäre nicht möglich, daß ich überhaupt nach Wien und Berlin gefahren sei, be-

stenfalls sei ich bis Mailand gefahren. Die Amerikaner und Franzosen meinten, nein, ich wäre mit Leuten von ihnen ja bis Innsbruck und Wien gefahren. Darauf meinten die Briten, ich wolle die Alliierten nur auf breiter Front auffliegen lassen. Aber erst im Februar 1945 zeigten die Engländer einen Meinungswechsel durch einen Telegrammverkehr, wo sie schrieben, „we drop our doubts. You can clear him“. Das hat mich am meisten interessiert, da ich davon keine Ahnung gehabt habe. Aber ich habe gewußt, daß sie mir nicht trauten und ich ihnen übrigens auch nicht. Denn sie hatten ein anderes Prinzip, sie wollten Agenten haben. Für uns war das unerträglich, denn wir sagten, wir sind österreichische Freiheitskämpfer und wir kooperieren auf der gleichen Ebene mit allen Alliierten.

Dann las ich noch die „evaluations“ der OSS-Bern über meine Berichte durch. Denn nach jeder Reise habe ich mit einem halben Dutzend von Experten die Ergebnisse meiner Reisen durchgesprochen. Vierzig Jahre später habe ich gesehen, was sie daraus gemacht haben: woran sie Zweifel gehabt haben, was für sie wichtig war. Politisch ist es unbedeutend, weil es fünfzig Jahre vorbei ist und hier interessiert sich mit Recht keiner, außer ich persönlich. Damals waren die Akten, so glaube ich, nur bis 1945 freigegeben. Das, was nachher war, war ja erst ab 1947. Da gab es dann wichtigere Leute, Gruber, Helmer, Graf, Ottilinger und



Fritz Molden war im österreichischen Widerstand gegen das Dritte Reich und nach Kriegsende Mitglied eines antisowjetischen Untergrundnetzes. In den fünfziger Jahren war er Redakteur und Herausgeber der Tageszeitung „Die Presse“ und von 1957 bis 1960 Mitglied des Politischen Komitees des Befreiungsausschusses Südtirol. In den sechziger Jahren und auch jetzt wieder Chef des Verlags Molden. Das Interview führte LUDWIG CSÉPAI

Spann. Ich war halt einer in einer großen Gruppe.

Das ist jetzt das Untergrundnetz. Gehörte der kürzlich verstorbene Zimmer-Lehmann auch dazu?

Ja. Zimmer-Lehmann war beim Widerstand, war nach dem Krieg stellvertretender Chefredakteur der Furche und kam dann auch dazu. Beim Professor Fritz Neeb trafen wir uns einmal, daher weiß ich, daß er dabei war. Fritz Neeb war eine zentrale Figur.

Auch Wolfgang Iglar, der Sportredakteur bei der Presse war. Er war ein großer Widerständler. Er war mein Funkpartner in Wien. Er wurde als Oberleutnant der Wehrmacht schwer verwundet in Rußland und wurde dann einer der Topleute bei Szokoll in Wien. Leider verstarb er sehr früh. Auch Rafael Spann ist schon tot. Er war sieben Jahre in Workuta, nachdem die Sowjets ihn an der britischen Zonengrenze erwischt haben. Später war er in Seibersdorf. Die Ottilinger ist dann auch Vorstandsdirktorin bei der ÖMV geworden. Man muß ja bedenken, die sind alle für Österreich in sowjetischen Kerkern gesessen, und da hat sich die Regierung Gott sei Dank anständig verhalten.

Gab es eine Art Bezeichnung für die Operation, einen Decknamen zum Schutz?

Verglichen mit dem Zweiten Weltkrieg schien es nicht so gefährlich. Ich glaubte sowieso nicht, in einer gefährdeten Position zu sein, da ich in den westlichen Sektoren war. Das stellte sich erst später als Irrtum heraus, wie sie auch mich schnappen wollten. Die wirklich Gefährdeten waren jene, die entweder in dem russi-

schen Sektor waren oder ständig auch durch die Zonen durchfahren mußten. Es gab sicher keinen offiziellen Namen für die Operation. Jeder hatte ja nur bestimmte Dinge zu machen gehabt. Meine Aufgabe am Anfang waren die politischen Kontakte, die politische Koordination mit den Leuten in Niederösterreich. Die Landesregierung war damals in der Herrengasse, so konnte ich sie im wesentlichen in Wien treffen, und daher war ich nur selten in Niederösterreich selbst.

Wer waren die Eingeweihten auf der politischen Ebene, in der Bundesregierung?

Sicher dabei waren Helmer, Gruber und Graf. Mit denen hatte ich zu tun. Die haben ja zu mir gesagt, willst du mitmachen. Ja und aus. Vor allem mit Graf hatte ich zu tun, weil er innerösterreichisch der Koordinator war. International gesehen war es wahrscheinlich Gruber mit seinen Kontakten zu den Amerikanern, möglicherweise auch mit den Engländern. Bei den Niederösterreichern war es auf Beamtenebene, wobei man nicht offen geredet hat. Man hat darüber gesprochen, daß es doch wichtig wäre, im Falle von Unruhen oder Hungerdemonstrationen Kontakte zu pflegen, daß es günstig wäre zu überlegen, wo sie Funkgeräte aufstellen können, falls das Telefon einmal unterbrochen wäre. Bei einer langen Konferenz wurde überlegt, wie man Bahnlinien umlegen könnte, vom Franz-Josefs-Bahnhof zum Nordbahnhof usw. Das haben Landesbeamte und ÖBB-Leute gemacht, die beauftragt waren. Der junge Kargl war bei einem der Gespräche dabei.

Wolfgang Pfaundler darf ja jetzt frei in Italien herumreisen. Und so stellt sich mir die Frage, ob aus diesem Netzwerk eine Unterstützung für Südtirol auch kam?

Nein. Das hatte miteinander nichts zu tun. No connection, whatsoever. Pfaundler selbst wird jede Woche von Journalisten angerufen, die wissen wollen, welche Masten er gesprengt hat.

Uns würde es mehr interessieren, welch Logistik dahinter stand, woher die Waffen in Südtirol kamen.

Das weiß ich auch nicht, aber sicher nicht von den Amerikanern, denen war das vollkommen egal.

Haben die Aktionen in Südtirol nicht eigentlich gegen die amerikanischen Interessen verstoßen, gegen die NATO? Bekamen Sie da nicht Druck?

Die Amerikaner waren ja nicht unsere Vorgesetzten, die haben uns ja nicht vorschreiben können, was wir machen dürfen. Ich habe oft mit Amerikanern gesprochen, um sie zu überzeugen, daß man was tun mußte. Da geschah nichts, weil sie vollkommen auf die kommunistische Gefahr in Italien fixiert waren, d.h. die Verhinderung einer Machtergreifung durch die PCI. Aber niemand hat sich getraut zu sagen, wir schaden der NATO. Schließlich war ich ein Österreicher, was interessierte mich damals die NATO. Aber sie wären auch gar nicht auf die Idee gekommen. Mein „standing“ im Weltkrieg hat sicher auch geholfen, daß mir da niemand gekommen ist, entweder mit Geld oder mit Befehlen. Im wesentlichen haben sie ande-

re Sorgen gehabt, der Kalte Krieg im Osten war ihnen soviel wichtiger, aus Südtirol haben sie sich herausgehalten. Sie haben uns auch nie unterstützt, nie. Es war ihnen unangenehm, daß sich zwei befreundete Länder herumgestritten haben.

Großbritannien und Frankreich haben eher etwas wie Sympathie mit uns gehabt, da sie beide Italien nicht vergessen haben, daß es ihnen 1940 in den Rücken gefallen ist. Noch fünf bis sechs Jahre danach betrachteten sie Italien als Opportunisten, das zuerst mit Hitler marschierte, und wie er schwach wurde, plötzlich zu den Alliierten überlief. Ich war zweimal in meinem Leben bei de Gaulle. Da hat er jedesmal lange über Italien geschimpft und gesagt, Südtirol könnt's ihr haben und Triest auch, das ist doch viel besser. Das war die Meinung der Kriegsgeneration.

Wann waren Sie bei de Gaulle?

Einmal im Sommer 1944, kurz nach der Eroberung von Paris. Rocquemorel brachte mich zu ihm. Er war der persönliche Verbindungsmann de Gaulles im besetzten Frankreich und organisierte dann nach der Befreiung auf eigenen Wunsch die französischen Kriegsgefangenen im besetzten Österreich. Und so brachte ich ihn hinein und heil wieder heraus. Damals machte de Gaulle eben die Zusagen, die er dann nicht eingehalten hat, was aber nicht sein Fehler war. Ein zweites Mal bei den Südtirolverhandlungen im Jahre 1946. Später war ich noch einmal als Verleger bei ihm wegen seiner Memoiren, die ich dann 1971 in meinem Verlag herausbrachte.

Danke für das Gespräch.

Der Papst geht, Solana kommt!

Nato-Kongreß tanzt

Vom 20. bis 24. Juni findet der 15. Nato-Workshop in Wien statt. Präsidenten, Heeresminister und Außenminister werden auf dieser Nato-Konferenz mit dem gesamten Kommandostab der Militärallianz sowie Generalsekretär Solana zusammentreffen. Am 21. Juni wird der Papst abreisen, am 22. kommt der Nato-General, der spanische Sozialdemokrat, Javier Solana. Diese Konferenz findet erstmals in einem neutralen Land statt. Der Kongreß der Militärdiplomaten der Nato, der sich salopp Workshop nennt, wird vor allem der Nato-Propaganda in Österreich dienen, so wie bereits in Warschau 1996 und in Prag 1997. Die Veranstalter sind das „Österreichische Institut für Europäische Sicherheitspolitik“ und das „Institute for political and military decision making“, eine US-amerikanische Lobby-Gruppe des militärisch-industriellen Komplexes. Auch der Ehrenschutz, den Verteidigungsminister Fasslabend über hat, macht klar, daß es beim Workshop weniger um offene Diskurse, als viel mehr um die Zukunft der vorhandenen Militärapparate geht.

Bundesverfassung: 23 f

Mitte Juni wurde schließlich eine Änderung der Bundesverfassung ohne großes Aufhebens im Nationalrat durchgetragen. Der Artikel 23 f wurde so abgeändert, daß in Zukunft auch EU-Kampfeinsätze, selbst ohne UN-Beschluß, durchaus im Verfassungsrahmen des „neutralen“ Landes liegen werden. Der Begriff der „Kampfeinsätze bei der Kri-

senbewältigung“ (23 f Abs. 3) findet damit Eingang in die Verfassung, was Klubobmann Khol von der ÖVP sofort auch als Abschaffung der Neutralität zu interpretieren wußte (SN 30.06.1998). Die SPÖ feilt hingegen weiter an unklaren Neutralitätsneudefinitionen, die in erster Linie Nebel machen und Verwirrung stiften. Diese Verfassungsänderung wurde vom Bundeskanzleramt als Anpassung an die Bestimmungen des Amsterdamer Vertrages verkauft. Tatsächlich war es eine Ersatzhandlung Klimas für den geplatzten Nato-Optionenbericht. Kampfeinsätze unter ausschließlicher EU-Ägide sind im Amsterdamer Vertrag nämlich keineswegs vorgesehen. Dort besteht weiterhin eine gewisse Bindung an UN-Beschlüsse und die Möglichkeit der konstruktiven Enthaltung. Aber Österreich hat als erstes eine westeuropäische Kampfverfassung beschlossen, die auch die österreichische Position betreffend der Weiterentwicklung des EU-Vertrages in diese Richtung festlegt. Dies alles liegt weit jenseits jeglichen Neutralitätsgehtes. Es ging bei der Beschlußfassung des 23 f im Wesentlichen um die Neutralitätsweglegung.

Dieser Schritt der Entkoppelung von Kampfeinsätzen von der UNO-Charta (oder einem UN-Beschluß) ist auch für die internationale Politik ein Tabu-Bruch der besonderen Art. Damit ist Österreich das erste Land, das aus der EU ein bewaffnetes, kampfbereites Regionalregime machen will. Würde die NAFTA-Gruppe oder die

ASEAN-Staaten einen eben solchen Weg beschreiten, muß in Hinkunft von der Entwicklung neuer Militärkoalitionen, die sich aus Wirtschaftsbündnissen herauskristallisieren, ausgegangen werden. Das enthält zumindest den Keim von Kriegen auf Ersatzschauplätzen. Hierzulande wurde das erneut unter dem Titel Solidarität statt Neutralität verhandelt.

Cavalese

Die beschauliche Bergfahrt endete abrupt. Der Pilot eines US-Militärjets legte eine durchaus übliche Mutprobe ab. Jenseits aller Bestimmungen versuchte er, das Tragseil der Seilbahn zu unterfliegen. Ein Flügel des Jets touchierte und durchschnitt das Seil. Die Gondel stürzte mehr als 100 Meter in die Tiefe. 21 Menschen haben in Cavalese das Leben verloren. Niemand überlebte. Wer die Haftung übernimmt, ist auch bis heute für die Hinterbliebenen der beiden österreichischen Todesopfer Sonja W. und Anton V. eine offene Frage.

Der Flieger gehört den US-Fliegerstreitkräften an. Die Air Force reagierte prompt. Zunächst verschwand der Flugschreiber. Die italienischen Behörden erhielten ihn nicht. Der Copilot hatte ein Videoband vom Unglücksflug aufgenommen. Das wurde offenbar von einem „Informationsdienst“ gelöscht. Ein Auslieferungsbegehren der italienischen Behörden zur Strafverfolgung des Täters wurde von den USA abgelehnt. Das war der Regierung in Washington sogar einen diplomatischen

Jüngste Entscheidungen der Koalition bauen die immerwährende Neutralität weiter ab. Die Annahme des Truppenstatutes der Nato, die Absegnung der Amsterdamer Verträge ohne Neutralitätsvorbehalt und die Änderung der Bundesverfassung (Art. 23f), die auch internationale Kampfeinsätze auf Beschluß der EU vorwegnimmt, sind keiner neutralen Friedenspolitik, sondern einer Machtpolitik Westeuropas verpflichtet.

VON PETER STEYRER



Bundeskanzler Viktor Klima, NATO-Generalsekretär Javier Solana, Altbundeskanzler Franz Vranitzky

Konflikt mit Italien wert. Sie wollen ihren Sturzpiloten selber beurteilen. Das amerikanische Militärverfahren wird für den Täter einen glimpflichen Verlauf nehmen, da der Schaden der Air-Force gleich Null war. Das Flugzeug blieb unbeschädigt. Der Zorn in Cavalese über die Tieffliegerei wird zwar wachsen, aber auch die Ohnmachtsgefühle. Denn hier werden alle rechtsstaatlichen Normen gebrochen. Hier gilt das Recht des Stärkeren. Und in der Allianz sind die USA die Allerstärksten.

„Rechtliche“ Basis dieses Verhältnisses in der NATO ist das sogenannte Truppenstatut, das 1951 in Washington beschlossen wurde. Es ist für Mitglieder der Militärallianz bindend. Es regelt die Rechtsverhältnisse zwischen den Nato-Mitgliedern derart unklar, daß sich die USA als stärkstes Mitglied im Zweifelsfall durchsetzen können.

Truppenstatut

Anfang Mai hat sich nun auch der österreichische Nationalrat diesem Regime in voraus-eilendem Gehorsam angeschlossen. Die Grünen haben diesen Beschluß als weitere Durchlöcherung der Verfassung kritisiert und das NATO-Statut abgelehnt. Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und

Liberalen wurde es vom Nationalrat abgesegnet. Was das noch mit Sicherheit – z.B. mit Rechtssicherheit – zu tun haben soll, hat im Parlament keiner erklärt.

Rahmenverfassung

Am Dienstag, den 12. Mai, spätnachts haben die Regierungsfractionen ein Ermächtigungsgesetz zur Einführung des Amsterdamer EU-Vertrages in das österreichische Rechtssystem gegen die Stimmen der Opposition beschlossen. Damit ermächtigt sich die Regierung mit einer Kompetenzklausel pauschal zur weiteren Verhandlung und Reform des Amsterdamer Vertrages. Eine Geisterstunde für die Neutralität, eine Sternstunde für ihre Gegner.

Bei der weiteren Reform der Amsterdamer Verträge wird dann nur noch von Kampfeinsätzen unter EU-Kommando und von der Verschmelzung von WEU und EU die Rede sein; wenn gleichzeitig die Aufgabe der derzeit vorhandenen Möglichkeit zur konstruktiven Stimmenthaltung oder zum Veto gegen einen solchen Kampfeinsatz paktiert werden sollte, dann haben die neutralen EU-Mitglieder keine Möglichkeit mehr, ihren Auftrag zum Beiseitestehen

und zur Konfliktvermittlung umzusetzen.

Die Koalition wird trotzdem argumentieren, daß das keine Neutralitätsaufgabe sei, da es ja auf Basis der Generalermächtigung vom 12. Mai 1998 erfolge. Die SPÖ hat mit dem jetzt erfolgten Schritt ihre neutralitätsfreundliche Basis wenig elegant ausgeschaltet.

Jetzt muß die weitere Reform des EU-Vertrages im Auge behalten werden, damit dort die Handlungsmöglichkeiten der Neutralen erhalten bleiben. In Ländern wie Dänemark, Irland, Schweden und Frankreich wurde oder wird vor Einstieg in den Amsterdamer Vertrag wenigstens eine Volksabstimmung durchgeführt. In Österreich wird diese Mitentscheidungsmöglichkeit von der Bundesregierung erst gar nicht eingeräumt. Dies erscheint umso bedenklicher, als in dieser Rahmenverfassung keinerlei Neutralitätsvorbehalte mehr formuliert sind.

Amsterdam

Der Amsterdamer Vertrag böte grundsätzlich genügend Sicherheit dafür, daß die immerwährende Neutralität erhalten werden kann:

Der Vertrag über die EU in der neuen Fassung des Amsterdamer Vertrages (EUV nF) sieht im Titel V „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) insbesondere vor, daß:

1. Die GASP – zu der auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört – „berührt nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedsstaaten“ (Art. 17, Abs. 1 EUV nF). Dies bedeutet aber, daß die GASP die österreichische Neu-

tralität nicht beeinträchtigen darf.

2. Die GASP umfaßt nach Art. 17 Abs. 2 des Amsterdamer Vertrages (EUV nF) humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich friedensschaffender Maßnahmen. Die neu eingeführten „Kampfeinsätze“ (richtig übersetzt: friedenserzwingende) sind hier sehr wohl noch an einen Beschluß der UN und der OSZE gebunden.
 3. Beschlüsse zur GASP mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen können vom Rat der EU immer nur einstimmig gefaßt werden (Art. 23 Abs. 2 EUV nF). Der Regierungsvertreter hat bei solchen Beschlüssen die Möglichkeiten, zuzustimmen, dageganzustimmen, sich einfach der Stimme zu enthalten (bedeutungslos, da der Beschluß trotzdem bindend wäre) oder eine „konstruktive Stimmenthaltung“ nach Art. 23 Abs. 1 (EUV nF) auszuüben. In diesem Fall besteht keine Verpflichtung, den Beschluß durchzuführen und zur Finanzierung von militärischen Maßnahmen beizutragen (Art. 28 Abs. 3 EUV nF), sehr wohl aber die Verpflichtung, die Durchführung des Beschlusses nicht zu behindern.
- Österreich hätte also das Recht, bei allen die Neutralität gefährdenden Beschlüssen die „konstruktive Stimmenthaltung“ zu üben, wobei die anderen Staaten diesen Standpunkt nach Art. 17 Abs. 1 des Amsterdamer Vertrages ausdrücklich „respektieren“ müssen, also nicht den Vor-

wurf der mangelnden Solidarität erheben könnten.

Was die Bundesregierung jedoch tatsächlich beschließt, geht genau in die andere Richtung.

Bei manchen Aussagen Bundeskanzler Klimas konnte zuletzt der Eindruck entstehen, er wolle sich in der Öffentlichkeit als konsequenter Neutralitätsgegner als die ÖVP profilieren. Neutralitätsabschaffung durch EU und WEU anstatt durch die Nato; EU-Kampfeinsätze statt Nato-Großmachtpolitik; Arbeitsplätze durch Rüstung und nicht mehr soziale Sicherung statt Rüstung. Beispielsweise hat er im *Standard* vom 4.05.1998 geäußert, daß er „auch aus wirtschaftlichen Gründen“ auf eine „eigenständige europäische Sicherheitsstruktur gepocht habe“. Weiters erklärte er, daß sich Europa „nicht technologisch von den Amerikanern abhängig machen darf. Ein guter Teil der modernen Elektronik und Telekommunikation geht von der Rüstungsindustrie aus und da müssen wir selbst etwas entwickeln. Da sind auch Arbeitsplätze drin. Daher werden wir in zehn Jahren eine wirkliche GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) und einen „Mr.Gasp“ haben. Wenn die WEU mit der EU verschmolzen werden kann, dann ist das ein großer Schritt. Dann wird es ein eigenes europäisches Kommando geben und auch die notwendige Technologie. In zehn Jahren werden wir so wie heute zur Euro-Einführung nach Brüssel fahren und die GASP beschließen.“ (*Standard*, 4.5.1998) Diese Position ist mit einer Fortsetzung eines Weges auf Basis des verfassungsrechtlichen Fundamentes der immerwährenden Neutralität unvereinbar.

Zero Tolerance?

Sexuelle Gewalt gegen Frauen in den US-Streitkräften

Seit Ende 1996 erschütterten öffentlich gewordene Sexualdelikte die USA-Army.¹ Das Problem ist nicht neu, nur ignorierten die Verantwortlichen in Politik und Militär seit mehr als 20 Jahren die Warnsignale. Krasse Fälle von Vergewaltigungen von Rekrutinnen durch Ausbilder in einer Basis der US-Army, dem Ordnance Center des Aberdeen Proving Ground, Maryland, lösten eine Kette von Enthüllungen aus. Aufgrund der Beschwerde einer größeren Gruppe von Frauen begannen dort im September 1996 Ermittlungen.

VON ANNEROSE GÜNDEL
& ULRIKE GRAMANN

Abgedruckt aus *Illoyal* 3/98,
Journal für Antimilitarismus

Danach wurden Frauen mutig und durch andere Frauen ermutigt, öffentlich gegen sexuelle Belästigungen vorzugehen und Anzeige zu erstatten. Tausende von Beschwerden zwangen die Armeeführung im November 1996, die Politik der Zero Tolerance gegenüber sexueller Belästigung zu verkünden. Der damalige Verteidigungsminister William J. Perry erklärte am 13. November 1996: „Unsere Haltung zur sexuellen Belästigung ist eindeutig. Wir glauben, daß sexuelle Belästigung, ethisch und moralisch gesehen, ein Unrecht ist. Wir halten sie auch für falsch unter den Gesichtspunkten von militärischer Disziplin und der ordnungsgemäßen Aufrechterhaltung der Befehlshierarchie.“

Im November 1996 wurde eine landesweite Telefon-Hotline der Armee eingerichtet, die außerhalb des Dienstweges innerhalb von drei Monaten über 7000 Anrufe registrierte. In über 10 % der Fälle wurde eine sofortige Untersuchung eingeleitet. Davor wurden jährlich nur bis 500 Beschwerden bekannt. Nach Schließung der Hotline scheitern Frauen jetzt wiederum an den strukturellen Barrieren. Ihre Beschwerden werden durch Vorgesetzte von vornherein abgelehnt, treffen auf Spott und Gleichgültigkeit. Deshalb prophezeien Kritiker einer Politik der Zero Tolerance Erfolglosigkeit.

Analog zu bekannten deutschen Ereignissen wur-

den die Vorfälle in Aberdeen Proving Ground als „Einzelfälle“ abgetan; einige Vorgesetzte wurden „geopfert“, die anderswo weitermachen durften. Konfrontiert mit den Ausmaßen sexueller Gewalt waren Armeeführung und Verteidigungsministerium nach einer gewissen Zeit durchaus offensiv, sowohl nach außen wie nach innen. Das Pentagon mußte zugeben, daß es entgegen der Rechtslage „vergessen“ hatte, Informationen über sexuelle Gewalt zu sammeln und zu analysieren.

Ein Gesetz, das dies vorschreibt, hatte den amerikanischen Kongreß bereits 1988 passiert, im Umfeld der ersten größeren Studie über sexuelle Gewalt in den Streitkräften.

Anfang Februar 1997 kündigte das Department of Veteran Affairs (VA) an, daß für ehemalige Soldatinnen jetzt ein eigenes Programm zur Verfügung stünde. Das VA informierte brieflich 400.000 ehemalige Soldatinnen über vorgesehene Hilfen bei Gewalt-Traumata. Dieses Programm geht auf ein Gesetz zurück, das der US-Kongreß 1992 (sic!) erlassen hatte und in dem das VA verpflichtet wurde, ein Hilfsprogramm zur Überwindung psychologischer Traumata infolge sexueller Gewalt während der aktiven Dienstzeit auszuarbeiten.

Aber je größer der Sumpf wurde und je mehr Details an die Öffentlichkeit drangen, umso bedeckter gaben sich die Verantwortlichen in der

Armeeführung und der Exekutive. Es schien jetzt um Schadensbegrenzung zu gehen. Zu keinem Zeitpunkt überdies ging es um die Ergründung der strukturellen und soziokulturellen Ursachen.

Medienberichte sind inzwischen seltener geworden, abgesehen von der Berichtserstattung über den brisanten Fall, in dem ein ehemaliger hochrangiger Militär, der ehemalige Sgt. Major of the Army Gene McKinney, beschuldigt ist.² Dieser sieht sich als Opfer rassistischer Voreingenommenheit und selektiver Strafverfolgung. Sollten sich alle 19 Punkte der Anklage, die von Ehebruch (ein Straftatbestand im amerikanischen Militärrecht) bis zu tätlichem Angriff reichen, bestätigen, droht ihm eine Höchststrafe von 56 Jahren Gefängnis. Der bisherige Verlauf des Militärgerichtsprozesses, der seit Januar andauert, und die Aussagen der Zeuginnen lassen eine Verurteilung von McKinney wahrscheinlich erscheinen.

Publicityträchtige, außergewöhnlich harte Verurteilungen farbiger Militärangehöriger ließen einen Ver-

dacht des Rassismus laut werden. Das am meisten rassistisch und politisch belastete Verfahren der Aberdeen-Vorfälle war das von Staff Sergeant Delmar Simpson, der wegen brutaler Vergewaltigung von Rekrutinnen in mehreren Fällen zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Seine Verteidigung sah seine Verurteilung als präjudiziert an und als einen Akt der Zero Tolerance. Alle von den Rekrutinnen belasteten Angeklagten in den Aberdeen-Verfahren waren schwarze Militärangehörige, Opfer und Zeuginnen jedoch größtenteils weiße Frauen. Aus dieser Konstellation heraus vermutete die älteste und stärkste Bürgerrechtsbewegung der USA, die National Association for the Advancement of Colored, daß der Armeeführung die angeklagten schwarzen Ausbilder als Sündenböcke dienen, um ein energisches Vorgehen zu demonstrieren. Obwohl die Vorwürfe nicht bewiesen werden konnten, gilt auch hier: Wohl gab sich die Führung des Männerbundes Armee geschäftig, doch hatte sie kein Interesse, die eigentlichen Ursachen von Männer-

gewalt – in diesem Fall zufällig schwarze Männer – aufzudecken. Es steht außer Frage, daß die Verurteilungen gerechtfertigt waren. Ebenso außer Frage steht aber, daß in anderen Fällen hochrangige weiße Militärs, die in vergangenen Jahren Untergetriebene sexuell belästigten, überwiegend nicht strafrechtlich belangt, sondern versetzt und pensioniert wurden. Sicher ist, daß die vielfältigen Hierarchien in der Armee („schwarz“ – „weiß“, Mann – Frau, Vorgesetzte – Untergetriebene) doppelte Standards in der Bewertung des Verhaltens von Militärangehörigen zeitigt – so auch bei Belästigung und Vergewaltigung. Bezeichnend dafür ist der Fall von Kelly Flinn (zeitgleich zur Verurteilung von Delmar Simpson), der ersten B-52-Bomberpilotin der Navy, des „Vergehens“ der sexuellen Beziehung zu einem verheirateten Zivilisten angeklagt, nach amerikanischem Militärrecht ebenso unerlaubt wie Beziehungen zwischen unterschiedlichen Rängen. Sowohl aus politischen Kreisen wie auch in der Öffentlichkeit ertönte nach der Entlassung Flinns Kritik an den

hier besonders deutlichen doppelten Standards.

Bereits 1988 und 1996 lagen interne Studien des Verteidigungsministeriums zur sexuellen Gewalt gegen Frauen vor. Die erst im Juni 1996 veröffentlichte Umfrage unter 90.000 aktiven Militärangehörigen stellte erneut fest, daß die Mehrheit der Frauen in den Streitkräften sexuell belästigt wird.³ Zu dieser Schlußfolgerung gelangten bereits die Verfasserinnen einer Studie, die 1993 anonym Patientinnen des Armeehospitals Maryland über deren Gewalterfahrungen befragten und resümierten, daß Frauen, die in das Militär eintreten, einem hohen Risiko sexueller Gewalt unterliegen.⁴ Im September 1997 präsentierte das Verteidigungsministerium die Ergebnisse der erneuten Studie über Geschlechterbeziehungen, die im November 1996 mehr zur Beruhigung angeordnet worden war und für die amerikanische Militärangehörige weltweit befragt wurden. Die Veröffentlichung des „Sexual Harassment Report“ war seitens der Armeeführung bis zur Erarbeitung eines „Aktionspla-

FRAUEN IN DER US-AMERIKANISCHEN ARMEE

Die Einbindung von Frauen als Kombatantinnen in die amerikanischen Streitkräfte erfolgte sukzessive seit 1973. Im Vergleich zu den 2 % von 1972 erhöhte sich der Anteil von Frauen bis 1997 auf 14 %. Das sind über 197.000, davon mehr als 30.000 im Offiziersrang. Den höchsten Anteil hat die Air Force, danach Army und Navy, einen gerin-

geren Anteil hat das Marine Corps. Gegenwärtig stehen etwa 90 % aller Dienstlaufbahnen Frauen offen.

Ihre Rolle in den Streitkräften widerspiegelt die Rolle von Frauen in der zivilen Gesellschaft: Sie dienen zumeist in Verwaltungslaufbahnen (ein Drittel aller weiblichen Dienstangehörigen), im medizinischen (ein Drittel) und im Dienstleistungsbereich (ein

Achtel). Schwarze und hispanische Frauen sind überrepräsentiert. Nach dem Zweiten Weltkrieg erlaubte 1948 der Women's Armed Services Integration Act Frauen den Zugang zum Militär. Dieses Gesetz setzte ein Limit von maximal 2 % Frauen, die bis zu einem gewissen militärischen Rang aufsteigen durften, und erlaubte ihre Entlassung ohne Gründe. Dieses Gesetz

wurde erst 1967 unter Aufgabe der Karrierebeschränkungen für weibliche Offiziere novelliert. Obwohl an den Kampfhandlungen in Panama 1989 einzelne Frauen beteiligt waren, setzt die eigentliche Zäsur der Golfkrieg 1992, in den auf amerikanischer Seite etwa 400.000 Frauen einbezogen waren, die damit endgültig in die Rolle von Kombatantinnen schlüpfen.

nes“ zur Vorlage an den Kongreß verzögert worden.

Obwohl laut Studie 84 % der Frauen angaben, Erlebnisse ungewollter sexueller Annäherung und sexueller Gewalt zu haben, überrascht es die Verfasser der Studie, daß sich „nur“ 22 % der Frauen – bei nicht anonymer Nachfrage – als sexuell belästigt bezeichneten.⁵ Kritiker machten frühzeitig auf eine Verfälschung der Ergebnisse aufmerksam, da die Kommission nachträglich Untersuchungsergebnisse vernichtete. 51 % der Frauen sagten im übrigen aus, aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert zu werden.

Auch jetzt noch oder wieder versuchte Army Secretary Togo West, Aberdeen Proving Ground als „Ausreißer“ darzustellen und nicht als Trend. Er ertete den heftigen Widerspruch von Dorothy Mackey, einer ehemaligen Air Force Captain, die heute die Survivors to Take Action Against Abuse by Military Personnel (STAMP) führt. STAMP macht auf die „Normalität“ brutaler, sexueller Gewalt gegen Frauen und deren Verharmlosung und Vertuschung in den US-Streitkräften aufmerksam, indem sie betont, daß sexuelle Gewalt Teil der militärischen Kultur und Tradition ist und daß die militärische Ausbildung systematisch junge Menschen desensibilisiere und zu Gewalt und zum Töten abrichte.⁶

Der sehr verschwommene Aktionsplan des Verteidigungsministeriums reicht von der Einführung eines Fachs „Ethik und sittliche Werte“ in der Grundausbildung, die deshalb um eine Woche verlängert würde, bis hin zur Einstellung von

mehr Militärpfarrern. Die Kommission empfahl ferner die Ernennung eines 3-Sterne-General, dem die Überwachung der Ausbildung unterliegt. Immerhin gelangte das Verteidigungsministerium zu der fundamentalen Erkenntnis, daß eine „Führungsschwäche“ vorliege und die passive Haltung der Militärführung es zu verantworten habe, daß sexuelle Gewalt gegen Frauen in den Streitkräften seit Jahren anhalte.

Das ganze Jahr 1997 hindurch gab es eindeutige Hinweise, daß in einer Art „Flucht nach vorn“ im Rahmen der Grundausbildung eine Geschlechtersegregation geplant wird.⁷ Im Kongreß mehrten sich rechtskonservative Stimmen, die dazu rieten. Eine gemeinsame Ausbildung von Männern und Frauen führe zu Vergewaltigung, Belästigung und anderen Formen von Gewalt gegen Frauen. Auch in Armeekreisen wurden wiederum Stimmen laut, die eine Einbeziehung von Frauen in die Streitkräfte generell nicht befürworteten. Ein vorgelegter Gesetzesentwurf über Geschlechtersegregation scheiterte am lautstarken einträchtigen Widerstand von Militärs und Frauenrechtlerinnen. Während die Militärs sogar die nationale Sicherheit gefährdet sahen, hoben Feministinnen⁸ hervor, daß dieser „gigantische Rückschritt“ für Frauen dazu diene, Männer-Privilegien zu bewahren. Sexuelle Belästigung sei eine neuerliche Strategie von Männern, Frauen von der Armee fernzuhalten. Deshalb überraschten die Mitte Dezember veröffentlichten Vorschläge einer Kommission nicht, die unter Leitung der früheren republikanischen

Senatorin Nancy Kassebaum Baker der Frage nachging, wie eine „faire Behandlung“ der Rekrutinnen garantiert werden könne. Im wesentlichen schlug man vor, eine generelle Trennung der Ausbildung nach Geschlechtern in der Grundausbildung vorzunehmen und zum Schutz der Frauen vor allem eine getrennte Unterbringung zu garantieren und gleichzeitig die Anzahl der Ausbilderinnen zu erhöhen. Die Teilstreitkräfte haben vier Monate Zeit (bis April 1998), die Vorschläge der Kommission zu prüfen.

Die Vorkommnisse belegen, daß die halbherzige genderintegration in den US-Streitkräften gescheitert ist. Männer wollen beim Töten und Vergewaltigen unter sich sein. Frauen haben durchaus Gründe, eine Karriere in den Streitkräften anzustreben, beispielsweise die Hoffnung auf sozialen Aufstieg. Feministinnen jedoch sollten es nicht als ihr hehres Ziel ansehen, Frauen in die extrem patriarchalische Institution des Militärs zu „integrieren“, sie sollten diese Institution vielmehr grundsätzlich in Frage stellen.

1 Quellen: ABC News, CNN, The New York Times, Reuters, USA Today, Washington Times.

Die USA weisen die weltweit höchste Vergewaltigungsrate in einer Kriminalstatistik auf, viermal höher als die deutsche. Der Anteil der schwarzen Bevölkerung beträgt 12 %, der Anteil der schwarzen Männer an wegen Vergewaltigung verurteilten Tätern beträgt über 40 %. Etwa gleich hoch ist der Anteil schwarzer Frauen auf der Opferseite. Statistisch gesehen muß jede dritte Amerikanerin mit einer Vergewaltigung rechnen. Vgl. Lawrence A. Greenfeld: *Sex Offenses and Offenders: An Analysis of Data on Rape and Sexual Assault*, U.S. Department of Justice, Office of Justice Programs, Bureau of Justice Statistics, February 1997.

2 Der Posten des Sergeant Major of the Army ist im Headquarter des Department of the Army angesiedelt und die höchste Position, die ein sogenannter „enlisted“, ein Mannschaftsdienstgrad, erreichen kann. Er ist in seiner Funktion ein persönlicher Berater des Stabschefs der Army in Personalangelegenheiten der Mannschaftsdienstgrade und teilweise für die Ausbildung der Rekruten und deren Lebensbedingungen zuständig.

3 1988 beklagten 64 % der Frauen sexuelle Belästigung, 1996 55 %, bei nicht identischer Fragemethode.

4 Maureen Murdoch/Kristin L. Nichols: *Woman Veterans' Experiences With Domestic Violence and With Sexual Harassment While in the Army*, 1993.

5 Logischer erscheint, daß 22 % Gewalterfahrungen haben.

6 Vgl. auch David Grossman: *On Killing: The Psychological Cost of Learning to Kill in War and Society*, Little Brown & Co (Pap), 1996. Grossman ist Militärpsychologe und Ausbilder.

7 Die einzige Teilstreitkraft, in der schon immer eine getrennte Grundausbildung von Frauen und Männern beibehalten wurde, ist das Marine Corps. Erst in der darauffolgenden Phase, der Kampfausbildung (Marine Combat Training) erfolgt eine gemeinsame Ausbildung.

8 aus der National Organisation of Woman (NOW).

Söldner von Englands Gnaden

Auch Großbritannien hat noch seine Interessen am afrikanischen Kontinent, und sei es nur in Sierra Leone. Die dortige Regierung ist am 25.5.1997 durch einen Militärputsch gestürzt worden. Die UNO hat daraufhin im Oktober 1997 ein Waffenembargo gegen die Rebellen verhängt. Großbritannien soll im Februar 1998 eine Waffenlieferung von 30 Tonnen AK-47 aus Bulgarien an die gestürzte Regierung toleriert haben, geschmuggelt von der Firma „Sandline“.

VON GLÜCKSTHAL LAJOS

Sandline gilt als private Sicherheitsfirma, die sich selbst als militärische Berater darstellt und die voriges Jahr an der Seite der südafrikanischen Söldnerfirma Executive Outcomes anstelle der indonesischen Armee die nötige Friedhofsruhe in Papua-Neuguinea herstellen hätte sollen. Sandline International Ltd. wird von einem früheren Offizier der britischen Garde, Oberstleutnant Tim Spicer, geleitet und versorgt die Welt mit Waffen und Söldnern, möglicherweise mit Deckung staatlicher britischer Stellen. Genau darum geht es in diesem Waffenskandal.

Die Firma Sandline behauptet, sieben namentlich genannte Beamte des Außenministeriums im Januar 1998 vollkommen über die Waffentransporte informiert zu haben. Speziell geht es um ein Treffen von Spicer und Craig Murray, dem stellvertretenden Leiter der Abteilung für Äquatorialafrika im Außenministerium, am 19.1.1998. Andere Teilnehmer sollen laut einem veröffentlichten Brief von Sandline Oberstleutnant Peter Hicks, der britische Militärattache in Sierra Leone, und Oberst Andrew Gale, der militärische Berater der UNO-Gesandtschaft in Sierra Leone, gewesen sein. Daher hätte die Firma die im Februar 1998 gelieferten Waffen mit Wissen und Einverständnis der Regierung Ihrer Majestät an die rechtmäßige Regierung von Sierra Leone, die eben nicht vom UNO-Embargo betroffen wäre, übergeben. Die firmeneigenen Operationen sollen sich auf „taktische Luftbeweg-

lichkeit“ und logistische Unterstützung der Ecomog (Economic Community of West African States Monitoring Group) unter Führung Nigerias beschränkt haben. Außerdem hätte der Hochkommissar in Sierra Leone, Peter Penfold, die Firma als erster kontaktiert, mit der Bitte, die vertriebene Regierung zu unterstützen. Penfold soll die ganze Operation zur Wiederherstellung der vorherigen Ordnung koordiniert haben. Die Firma stellt sich als verfolgte Unschuld dar, die nur im britischen Interesse gehandelt hätte, nachdem die britische Zollbehörde eine Untersuchung eingeleitet hat. Allerdings liegen keine schriftlichen Aufzeichnungen für die Treffen mit den Beamten des Außenministeriums vor. Das dürfte das Selbstvertrauen des Außenministeriums stärken. Der Ex-Oberstleutnant Spicer selbst behauptete, daß das Außenministerium volle Kenntnis über die Tätigkeit seiner Firma gehabt hätte.

Die britische Labour-Regierung hat ihre Taktik bereits geändert und ist von der zuvor verfolgten Linie, das Vorwissen der Beamten mit einer entsprechend verbundenen Warnung dieser an die Firma zu verknüpfen, sich den UN-Richtlinien entsprechend zu verhalten, abgewichen. Der sehr geschätzte Premierminister Tony Blair ging mit dem Argument in die Offensive, daß die Beamten in dem Sinne ordentlich gehandelt hätten, als sie für die Wiedereinsetzung der rechtmäßigen Regierung von Ahmad Tejan Kabbah gear-

beitet hätten. Die Kritik erfolgte prompt: Einerseits würden mit solchen Argumenten die Ziele jedwede Mittel legitimieren, andererseits käme die Frage noch hinzu, ob eine ethische Außenpolitik UN-Regeln brechen dürfe. Im Zentrum der konservativen Kritik steht Außenminister Robin Cook, der seinerzeit im Parlament von der berühmten Scott-Untersuchung über Waffenlieferungen an den Irak mit Billigung der damaligen konservativen Regierung als aufrechter Kritiker profitierte. Was aber für Großbritannien den Unterschied zwischen einer Diktatur und einer quasidemokratischen Regierung ausmacht, ist nicht so leicht eruierbar, siehe Nigeria und Shell. Auf jeden Fall ist Großbritannien in einer Regierungskrise, auch wenn nachwievor keine Beweise vorliegen, daß Beamte des Außenministeriums die Lieferung genehmigt hätten. Zwei Sachen dürften sich aber mittlerweile bestätigen, daß nämlich der Direktor von Sandline regelmäßig mit den Beamten des Außenministeriums am Telefon über Sierra Leone sprach und daß die Beamten ihren Minister nicht vor Ende April über die Affäre informierten. Gleichzeitig ist bekannt geworden, daß die Labour-Regierung 56 Waffenexportlizenzen für Indonesien vergeben hat. Außenminister Cook hat bereits zugegeben, daß britische Ausrüstungen gegen Demonstranten verwendet werden. Eine unabhängige Untersuchung der Affäre soll das Verhalten des Außenmi-

nisteriums überprüfen. Die britische Zollbehörde hat nun auf rechtliche Schritte gegen Sandline verzichtet, da diese nicht im öffentlichen Interesse seien.

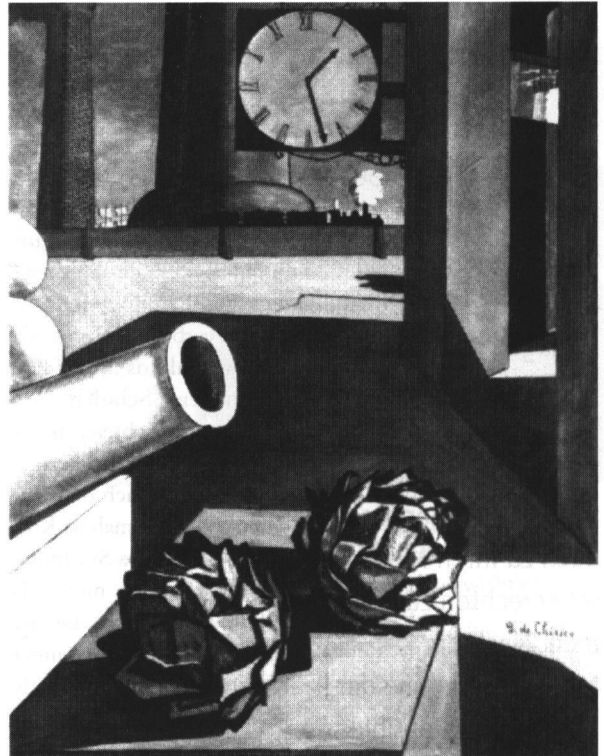
Aber nicht nur Großbritannien, sondern auch die USA sollen über die Vorgänge bestens informiert gewesen sein. Die Anwälte der Firma Sandline haben in einem vertraulichen Brief behauptet, daß das State Department auf der höchsten Ebene informiert war und man in ständigem Kontakt gewesen sei. Der Sprecher des US-Außenministeriums spielte dahingehende Fragen herunter und bezeichnete die Firma als „private Sicherheitsfirma“, die irgendwelche Minen und Projekte geschützt hätte und die periodisch angerufen hätte.

Was aber hat Sierra Leone, um so ins Zentrum der britischen Politik rücken zu dürfen? Diamanten, Gold, Bauxit und Titanium. Sandline soll Konzessionen an einer Mine und einen Kontrakt für den Schutz der Sierra Rutile-Mine haben. Die Mine steht laut vorhandenen Informationen im Besitz der australischen Firma Consolidated Rutile und der US-amerikanischen Nord Resources, die vor Sandline den südafrikanischen Söldnerkonzern Executive Outcomes beschäftigt haben. 1995 mußte sich Executive Outcomes auf US-Druck zurückziehen. Präsident Kabbah soll der Firma Sandline etliche Millionen schulden. Etwa 10 Millionen Dollar soll er Sandline schon für Bewaffnung und Training einer Kampfgruppe gezahlt haben und insgesamt sollen 100 Tonnen an Waffen und Munition geliefert worden sein. Aber auch ein indischer Finanzier namens Rakesh Sa-

xena mit Diamanteninteressen soll Sandline ins Land geholt haben – durch eine kanadische Firma namens Diamond Works, die wiederum Verbindungen zu Executive Outcomes haben soll. Saxena soll den Deal mit den bulgarischen Waffen mit US-\$ 1,5 Mio. vorfinanziert haben, nachdem er ein diesbezügliches Abkommen mit Kabbah getroffen hätte. Die zweite Rate von US-\$ 3,5 Mio. wurde nie gezahlt.

Saxena hat sich aus einem Gefängnis in Vancouver, Kanada, wo er einen Auslieferungsantrag bekämpft, zu Wort gemeldet. Er und andere, wie etwa der allseits bekannte saudi-arabische Finanzier Adnan Kashoggi, werden von thailändischen Autoritäten in Zusammenhang mit Geldwäsche gesucht. Saxena war früher Berater bei der Bank für Wirtschaft in Bangkok und soll US-\$ 88 Mio. veruntreut haben. Vom Gefängnis aus soll er den ganzen Deal mitorganisiert haben. Saxena meldete sich mit der Meinung zu Wort, daß Leute innerhalb der britischen, aber auch der nigerianischen Regierung Bescheid gewußt haben. Der Diamantenhandel hat seine eigenen Gesetze, so scheint es zumindest. Aber auch Nigeria will wahrscheinlich seinen Schnitt am Geschäft machen, so wie schon in Liberia.

Die tatsächliche Niederlage der Militärjunta des Paul Koroma im März soll laut offiziellen Angaben aber der Intervention der nigerianischen Militärjunta geschuldet sein, und nicht etwaigen Söldnern. Nigeria wiederum verfolgt unter der Deckung der westafrikanischen Friedenserhaltenden Truppe Ecomog ihre regionale Vormachtpolitik in Westafrika.



Unterstützt wurde die Ecomog durch die vor Freetown liegenden HMS Cornwall und HMS Monmouth. Söldner von Sandline haben inmitten der Unruhen ein Dammprojekt bei Bumbuna gegen die Militärjunta gehalten. Sie wurden von nigerianischen Soldaten verstärkt.

Es bleibt unklar, wer die 100 Tonnen an Waffen eigentlich verwendet hat, wenn es nicht bezahlte Söldnertruppen waren. Frieden hat es Sierra Leone nicht gebracht, aus dem Osten des Landes strömen die Flüchtlinge vor dem Guerillakrieg ins sichere Freetown. Denn im Osten liegen die meisten mineralischen Vorkommen. Im Norden halten die Kama-jor-Milizen des Präsidenten Kabbah die Diamantenregion Kono.

Aufgeflogen ist die Affäre durch die Zeitschrift *Africa Confidential*, die man auch online gegen teures Geld beziehen kann. ■

Giorgio De Chirico:
Die Freuden und Rätsel einer seltsamen Stunde (oder Die Eroberung des Philosophen), 1914

Repression und Aufstand

Die KurdInnen haben seinerzeit aktiv zum Sturz des persischen Monarchen 1979 beigetragen, in der Hoffnung, in einem neuen politischen System zu ihren nationalen, kulturellen Rechten und auch zu ihren Menschenrechten zu kommen. Nach der Machtübernahme der Islamischen Republik kam es zu langwierigen Verhandlungen zwischen den kurdischen Vertretern und den Repräsentanten der Zentralregierung. Alle Bemühungen der Kurdenvertreter, bei den Verhandlungen eine friedliche Lösung der Kurdenfrage zu erzielen, scheiterten. Die neuen Machthaber lehnten es vehement ab, auch nur die geringsten Rechte des kurdischen Volkes anzuerkennen.

VON KAYOUMAS
SHAHSAVARY

Die „Soldaten des Islams“, so nannte Khomeini seine Truppen, fielen über Kurdistan her und, entsprechend dem Befehl zum „Heiligen Krieg“, verbrannten und zerstörten wahllos kurdische Siedlungen, Schulen und Spitäler und richteten unter der kurdischen Bevölkerung ein Massaker nach dem anderen an. Seit damals ist Kurdistan durch die Stationierung von etwas mehr als 200.000 Soldaten, die die kurdische Bevölkerung unter Kontrolle halten und jede verdächtige Bewegung im Keime ersticken sollen, zur Gänze militarisiert. Willkürliche Festnahmen, Auspeitschungen, Folter und Hinrichtungen in den überfüllten Gefängnissen kennzeichnen den Alltag in Kurdistan. Dazu kommen großangelegte Zwangsdeportationen in mehreren kurdischen Siedlungsgebieten, die bis heute andauern.

Durch die starke Präsenz von Armee und Polizei ist Kurdistan zudem von der Außenwelt abgeschnitten und hat praktisch den Charakter eines Sperrgebietes angenommen. Seit 1980 ist es für ausländische Journalisten und Delegationen der internationalen Organisationen verboten, kurdische Gebiete im Iran zu besuchen. Leider unternehmen diese Organisationen kaum Schritte, diese Nachrichtensperre über Kurdistan zu überwinden. Immerhin hat Amnesty International bis jetzt einige Male versucht, in den Iran zu reisen, um sich ein Bild von der Menschrechtssituation zu machen. Den Vertretern der

Menschenrechtsorganisation wird aber das Einreisevisum verweigert. Auf diese Weise kann die Islamische Republik seinen Vernichtungskrieg in Kurdistan unter Ausschluss der Weltöffentlichkeit verstärkt fortsetzen.

Nach dem Tode Ayatollah Khomeinis ist aber kein Wandel in der Politik der Islamischen Republik eingetreten, im Gegenteil: Die Situation verschlechtert sich von Tag zu Tag.

So hatte die islamische Regierung, seit 1989 unter Präsident Rafsandjani, zwar Gesprächsbereitschaft mit der Führung der kurdischen Bewegung erkennen lassen und zu diesem Zwecke den international anerkannten Generalsekretär der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran (DPKI), Dr. Abdul Rahman Ghassemlou, nach Österreich eingeladen. Es stellte sich aber heraus, daß das Verhandlungsangebot der Regierung über eine politische Lösung der Kurdenfrage nur eine Falle war. Am 13. Juli 1989 ermordeten Vertreter des islamischen Regimes den Generalsekretär Ghassemlou, den Auslandsvertreter der DPKI sowie den kurdischen Politologen Fadil Rasoul am Verhandlungstisch in Wien. Sie waren mit diplomatischen Reisepässen der Iranischen Republik nach Österreich eingereist. Offensichtlich aus wirtschaftlichen Gründen verhinderte die österreichische Regierung die Aufklärung dieses dreifachen politischen Mordes. Österreichischen Presseberichten zufolge konnten österreichische Firmen zwei Jahre spä-

ter ein Projektvolumen von 20 bis 25 Milliarden Schilling im Iran abwickeln.

Der Mordanschlag auf Ghassemlou war nicht der letzte Terrorakt der islamischen Republik gegen die Kurden.

- Am 17.9.1992 fielen der neue Generalsekretär der DPKI, Dr. Sadiq Sharafkandi, der neue Auslandsvertreter, der Vertreter in Deutschland und ein weiterer Aktivist der iranischen Opposition einem Terrorattentat eines iranischen Killerkommandos in Berlin zum Opfer. Sharafkandi war gerade als Gast beim Kongreß der Sozialistischen Internationale.
- Am 4.8.1994 ermordeten iranische Terroristen den Vertreter der DPKI in Bagdad, Ghafoor Hamzai, vor seinem Haus.
- Am 27.9.1994 geriet Abdullah Sharifi, Mitglied des Zentralkomitees, in einen Hinterhalt der iranischen Armee und wurde ermordet.

Bis heute sind zahlreiche führende Mitglieder der DPKI sowie anderer kurdischer Organisationen in der Türkei und in Irakisch-Kurdistan Opfer von Bombenanschlägen und des Terrors des iranischen Geheimdienstes geworden. Von 1979 bis 1994 sind 39 Terroranschläge auf Oppositionspolitiker im Ausland verübt worden, wobei 47 Personen getötet und fünf weitere schwer verletzt wurden. 40 von diesen 52 Opfern sind nach dem Tode Khomeinis unter Präsident Rafsandjani zu beklagen.

gen. Seit 1994 sind weitere Attentate ausgeführt worden, die zahlreiche Opfer gefordert haben. Das zur Zeit Khomeinis auf Salman Rushdie ausgesetzte Kopfgeld wurde unter Rafsandjani verdoppelt.

Die doppelbödige Politik der Industriestaaten in Fragen der Demokratie und Menschenrechte ist für das tragische Schicksal des kurdischen Volkes im Iran weitgehend mitverantwortlich, indem sie die Wirtschaftsinteressen über Demokratie und Menschenrechte stellt. Sie läßt den iranischen Killerkommandos freie Hand, auf europäischem Boden iranische Oppositionspolitiker zu ermorden. Ungeachtet der Tatsache, daß die Iranische Republik seit ihrer Machtübernahme bis heute mehr als 35 mal wegen internationaler Menschenrechtsverletzungen verurteilt worden ist, unterhalten die europäischen Regierungen ausgezeichnete Handelsbeziehungen zum Iran. Manche arbeiten sogar auf „Geheimdienstebene“ mit dem Regime zusammen. Um ihre inakzeptable Politik gegenüber dem Iran zu rechtfertigen, haben europäische Politiker nach dem Tode Khomeinis folgende These entwickelt: Präsident Rafsandjani sei moderat und pragmatisch. Man wolle durch Dialog und Annäherung einen Wandel im Iran herbeiführen.

Die Erkenntnisse im Mykonos-Prozeß vom 10. 4. 1997, die das Berliner Attentat vom September 1992 als Akt des iranischen Staatsterrorismus bezeichnen, werden – nach anfänglicher Rückrufung der EU-Botschafter – von den EU-Ländern weitgehend ignoriert. Ungeachtet der zunehmen-

den Menschenrechtsverletzungen und der Tatsache, daß die Führung der Islamischen Republik im „Mykonos-Prozeß“ unmißverständlich für Mordanschläge auf die iranischen Oppositionspolitiker verantwortlich gemacht worden ist, haben die EU-Außenminister ihre Botschafter nach Teheran zurückgeschickt und auf Wirtschaftssanktionen gegen Teheran verzichtet. Die USA hingegen haben die EU aufgefordert, sich ihren Wirtschaftssanktionen gegen den Iran anzuschließen. Der Druck der Wirtschaft zur Wiederaufnahme der Beziehung war größer.

Diese Verbeugung der europäischen Regierungen vor dem iranischen Regime ist beschämend, insofern sie sich damit auch dem iranischen Terrorismus beugen und darüber hinaus die Machthaber in Teheran zur Fortsetzung des Staatsterrorismus ermutigen.

Staatsterrorismus unter Präsident Chatami

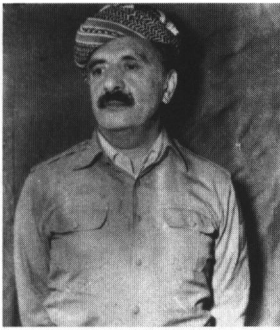
Die neue Regierung unter Chatami begann ihre Amtszeit 1997 mit der Hinrichtung eines Rechtsanwaltes, der Anordnung schärferer Zensur im Iran und einem Attentat auf ein DPKI-Mitglied in Irakisch-Kurdistan. Die Unterdrückung des kurdischen Volkes, die Verfolgung seiner politischen Repräsentanten, Menschenrechtsverletzungen und Attentate werden unvermindert fortgesetzt. Genauso ist die politische Opposition der Verfolgung ausgesetzt, die Unterdrückung von andersdenkenden Menschen ist Tagespolitik der Islamischen Republik Iran, ethnische und religiöse Minderheiten sind nicht nur einer



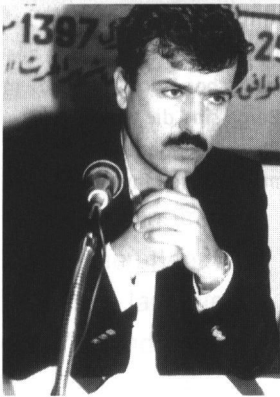
Politik der Intoleranz und der ständigen Diskriminierung ausgeliefert, sondern werden auch direkt verfolgt.

Obwohl Chatami bei der Präsidentenwahl über Freiheit und Rechtsstaatlichkeit gesprochen hat, ist es heute aber offensichtlich, daß das, was Chatami unter diesen Begriffen versteht, sich wesentlich von den Erwartungen der iranischen Völker unterscheidet. Auch die obengenannten Praktiken des Regimes in den letzten zwei Monaten lassen ernsthafte Zweifel an den verkündeten Absichten Chatamis aufkommen. Als Mann des Systems hat er wiederholt erklärt, daß er die jetzige iranische Verfassung akzeptiert und in deren Rahmen seine Ziele verwirklichen will. Diese Verfassung gründet sich aber auf das Prinzip der „absoluten Herrschaft des schiitischen Rechtsgelehrten“, das im krassen Widerspruch zu Demokratie, Menschenrechtsdeklaration und somit Rechtsstaatlichkeit steht und keinerlei Raum für politische Reformen zuläßt. Er verspricht, gerade die Verfassung zur Anwendung zu bringen, die im Grunde Gesetzlosigkeit und Willkür selbst zum Alltag der Iraner-

Der Berg Agri im Norden des iranischen Kurdistan. Die Berge sind die wichtigsten Beschützer der Kurden vor militärischen Invasionen.



Abdul Rahman Ghassemlou



Fadil Rasoul

Innen gemacht hat. Ohne grundlegende Änderung der Verfassung und die Abschaffung des Führerprinzips wird es nicht möglich sein, Freiheit und Menschenrechte auch nur ansatzweise im Iran herzustellen. Doch eine Revision der Verfassung setzt die Zustimmung des Führers voraus, der auf Vorschlag der „Versammlung zur Feststellung des Interesses des Systems“ den Präsidenten damit beauftragt. Die Verfassung statet den religiösen Führer mit umfassenden Machtbefugnissen aus, sodaß praktisch alle Entscheidungen von ihm ausgehen müssen. Er steht über der Verfassung.

Chatami verteidigt dieses System, ja sogar die vor ihm praktizierte Politik der islamischen Republik, und behauptet, daß sie niemals Staatsterrorismus betrieben hätte. Er hat es aber bis heute unterlassen, dem Terrorismus unmißverständlich abzuschwören, politische Gefangene freizulassen, Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit zu garantieren, die Aktivitäten von Schlägertrupps (Hizbollah) in den Städten zu unterbinden, ein klares Programm zur Einführung politischer Parteien vorzulegen und Terrorattentate einzustellen. Seit dem Amtsantritt von Chatami hat alleine schon die DP-KI nur in Irakisch-Kurdistan 34 Opfer des iranischen Staatsterrorismus zu beklagen.

- Bereits am 27.1.1998 wurde Mortaza Firunzi, Chefredakteur der Zeitung *Iran News* und seit Mai/Juni 1997 verschwunden, wegen angeblicher Spionage für einen fremden Staat (USA) zum Tode verurteilt.

- Zwei Wochen nachdem Chatami die Regierung gebildet hat streikten politische Gefangene wegen der unmenschlichen Haftbedingungen in Shiraz, Isfahan, Tabriz und Ahwaz. Als Reaktion darauf hat das Regime viele der streikenden Häftlinge hingerichtet. Weitere acht starben auf Grund der Mißachtung ihres Anliegens.
- Im Juli 1997 verschwanden vier Streikende ohne eine Erklärung des Regimes.
- Festnahme des Herausgebers der Zeitschrift *Rahe No*, Gandji Aliaskar.
- Verbot der Wochenzeitschrift *Fakur*.
- Am 8.10.1997 berichtete Muris Daswyn Capiturn, Mitglied der Menschenrechtskommission in New York, über folgende Menschenrechtsverletzungen im Iran: die Steinigung von vier Frauen, Ermordung eines Soldaten wegen seines Bahai-Glaubens, Folter und Ermordung eines alten Bahai.

Alle diese grausamen Befunde weisen darauf hin, daß auch durch den Regierungswechsel keine Veränderungen in Richtung Freiheit und Demokratie eingeleitet wurden. Und wieder wird die alte These durch die EU-Regierungen, dieses Mal aber über den Präsidenten Chatami, entwickelt: Er sei moderat und pragmatisch. Sie würden durch Dialog und Annäherung einen Wandel im Iran herbeiführen. Das ist nur der Vorwand, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu dem iranischen Regime weiterhin betreiben zu können. Auch die USA haben nach anfänglichen Drohungen keine Strafen gegen den fran-

zösischen Erdölkonzern Total verhängt, obwohl er Geschäfte in Milliardenhöhe mit dem Iran abschließen will. Das bedeutet, daß auch die USA ein stärkeres Interesse an direkten Beziehungen zum Iran haben. Das alles gibt der iranischen Regierung noch mehr Möglichkeiten, die iranischen Völker zu unterdrücken und weiterhin Fundamentalismus, Menschenrechtsverletzungen, Hinrichtungen und Diskriminierungen durchzuführen, einen Krieg gegen die iranischen KurdInnen zu führen und sie in ihren Gefängnissen zu foltern. So wird der iranische Staatsterrorismus ermutigt und die KurdInnen bleiben alleine, anstatt daß alle Regierungen als Bedingung für Kontakte zum Iran die Einhaltung von Menschenrechten und die demokratische Freiheit fordern würden.

Die DPKI hat auf ihrem elften Parteitag bestätigt, daß in Zukunft mehrere tausend Partisanen der DKPI einen Untergrundkampf für „Autonomie von Kurdistan und Demokratie für den Iran“ gegen das Regime in Teheran führen. Denn die KurdInnen haben die Hoffnung auf eine bessere, eine demokratische Zukunft nicht verloren.

Zur Kurdenfrage im Iran noch eine letzte Bemerkung: Es ist sinnlos, von Menschenrechten in Kurdistan zu sprechen, solange dem kurdischen Volk seine nationalen Rechte verweigert werden. Das Problem muß im Rahmen einer internationalen Konferenz unter Teilnahme der betroffenen Staaten und der Vertreter der kurdischen Bewegungen aus allen Teilen Kurdistans gelöst werden.

Was zum Teufel mache ich mit meinem Leben?

Ein Gedankensturm mit neun Bildern und zahlreichen Huchs

Den Titel entlehne ich einem Bild (Abb.1) aus der ComixSerie mit dem deprimierenden Titel „NO HOPE“ von Jeff LeVine – in beeindruckender Weise und voll düster-schwarzem Humor wird uns hier die Aus-sichtslosigkeit vor Augen geführt, etwas mehr als „ein kleines bißchen Glück“ zu ergattern. Die Figuren strudeln und wurschteln, bewegen sich zwischen unsinnigen Jobs, frustrierenden Versuchen, die sogenannte „Freizeit“ zu genießen und so etwas wie „Privatleben“. Schmerzhaft durchzieht dieses Comix das Wissen um die eigene Ohnmacht und – selbstredend – das Wissen um gesellschaftliche „Verhältnisse“, die sich jeder Veränderung widersetzen und unter denen die Figuren dieses Comix realistisch leiden – auch dann, wenn sie vermeintlich „eh“ gut drauf sind.

Dem Titel wäre noch hinzuzufügen, daß gerade die darin gestellte Frage im Prinzip das verunmöglicht, was sie zu fordern vorgibt, nämlich eine Antwort. Gerade in der „Größe“ der Formulierung „etwas mit meinem Leben machen“ ist das Scheitern angelegt.

Ich will in diesem Artikel einige Erlebnisse und Ereignisse aneinanderfügen und ihre Bedeutung für mein Leben beschildern, woraus vielleicht etwas ableitbar ist, was über das Persönliche hinausgeht, was aber nicht unbedingt sofort erkennbar sein muß, weil wir ja alle dieses „persönliche“ „private“ Leben führen, von dem wir glauben, daß es „politisch“ ist.

Das erste Erlebnis – ein Jahrestag: die Spitalsentlassung nach meiner Bandscheibenoperation, der große Einschnitt in meinem Leben als „funktionierende“ „IlseEinheit“ ist fünf Jahre her (Abb.2).

Das Buch „Aus der Krankheit eine Wafel machen“, das ich damals geschrieben habe, findet immer noch Anklang bei LeidensgenossInnen, also jenen, die sich, so wie ich, für tendenziell unverwundbar gehalten haben und dann doch „krank“ geworden sind. Das kann uns allen passieren, wie es so schön heißt, und manchen ist es auch schon passiert – huch!

Das zweite Ereignis – wieder ein Jahrestag: die „Das Fröhliche Wohnzimmer – Edition“, der fröhliche NonProfitKleinverlag ist im Vorjahr zehn, heuer also elf Jahre alt geworden (Abb.3).

Hm. Heute kam mit der Post ein Brief von einem Autor aus Deutschland, der seine Situation so beschrieb: „Wenig Geld und viel zu tun. Durchhalten ist alles.“ Hm, hm. Er

VON ILSE KILIC



Abb. 1: Jeff LeVine: NO HOPE

schrrieb das ganz fröhlich und unbekümmert, und die ein wenig militärisch klingende Durchhalteparole verlor dadurch ihren unangenehmen Beigeschmack. Denn selbstverständlich ist „Durchhalten“ nicht alles. Auch „Spaß“ ist nicht alles. Ja, was ist denn alles? Nichts ist alles? Hm, hm, hm? Sprachspielerisch und doppeldeutig die Umkehrung dieses Satzes: Alles ist nichts?

Jedenfalls sind Bücher, ist Papier sehrsehr schwer, und obwohl meine Physiotherapeutin mich nicht mehr als schonungsbedürftig betrachtet, fühle ich mich der Verpflichtung zur Büchertischbetreuung nur mit Unterstützung meines Weg- und SpielGefährten Fritz – huch!

Das dritte Erlebnis – und noch ein Jahrestag: Ich hab Geburtstag. Eine meiner Freundinnen fährt übrigens schon mit Pensionistinnenfahrschein und eine andere hat mit ihrem Partner bereits ein Wiener Pensionistenheim besichtigt. Zu meinem Geburtstag schrieb ich mir folgendes Gedicht, dessen letzte Strophe, das liegt in ihrer Natur, selbstverständlich bei Erscheinen des ZOOM bereits überholt sein – huch!

KLEINES GEBURTSTAGSGEDICHT für Ilse

ob ich neunzig werd?
ob ich neunzig werd??

ob ich achtzig werd?
ob ich achtzig werd??



Abb. 2: Ilse Kilic: BANDSCHEIBENCOMIX

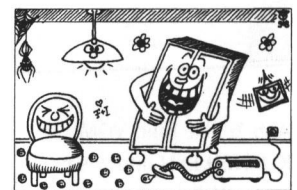


Abb. 3: Lustiger LachClub – DAS FRÖHLICHE WOHNZIMMER



Abb. 4: Guido Sieber:
WÜRGESAMKEITEN



Abbildung 5: Jugendfoto,
ich rechts im Bild



Abb. 6: Ilse Kilic: VOM
KLEINEN ESLI und wie es
in die Welt kam

ob ich siebzig werd?
ob ich siebzig werd??

ob ich sechzig werd?
ob ich sechzig werd??

ob ich fünfzig werd?
ob ich fünfzig werd??

ob ich vierzig werd?
ob ich vierzig werd??

(so vierzig stunden noch bis ich das wis-
sen kann
auf die letzte strophe wird geschissen
dann.
vollendet erst ist dies gedicht wenn es
komplett gestrichen
so hab ich mir wahrscheinlich was unvoll-
endetes erschlichen.)

Erlebnis vier: Im Autobus der Linie 13A beobachtete ich eine Kleingruppe, bestehend aus zwei Heteropaaren mittleren Alters und einem männlichen Jugendlichen, die mich in eine völlig fremde Realität versetzte. Es war wie in einem Film – aber in einem anderen, als in dem ich mich gewöhnlich befinde und auch in einem anderen als denen, die ich mir gewöhnlich anschau, zumal das meistens ExperimentalFilme sind. Sowa gibts also wirklich, dachte ich, sowas – und fand kein Wort dafür. Die leicht angetrunkene Gruppe schlingerte in blauen und schwarzen Anzügen und Kostümen beziehungsweise in auf fast zielsichere Art an der Mode vorbei geschnittener, aber sichtbar teurer Kleidung durch den Bus. Dabei scherzten sie – versuchten in gestochenem Hochdeutsch anzüglich zu sein. Hihi hihi, kicherte es aus den knallrot geschminkten Frauenmündern zu den mit belegten Stimmen aus den beflaumten beziehungsweise umstachelten Männermündern

dringenden matten Scherzen. Ob sie das erlebten, was sie als Spaß gelernt hatten zu identifizieren? (Abb. 4)

Es ist fast unmöglich, dachte ich mir, daß sich meine Realität mit denen dieser Menschen an irgendeinem Punkt überschneidet – und doch saßen wir im gleichen 13A. Ich muß bei solchen Anlässen immer an meine reiche Verwandtschaft denken, die „im Prinzip“ ein ähnliches Leben für mich bereitgestellt hätte. Gute Tochter im guten Haus (Abb.5), gebildet, aber doch irgendwie bilderlos, ahnungslos, aber gebettet in Situiertheit und Wohlerzogenheit, in eine Rolle, die stützt und (ver)birgt.

Aber ich – ich war ein böses Kind! (Abb. 6) Bei den Verwandten zu Gast schlich ich z.B. nachts heimlich in die Speisekammer, um mir einen Riegel Schokolade zu holen. Weil ich nicht folgen und mich nicht benehmen konnte, blieb es mir erspart, mich mit weiteren Anforderungen „aus gutem Haus“ näher zu befassen – das könnte auch heißen, ich stand fassungslos vor der Welt derer, die von sich glauben „etwas Besseres“ zu sein.

Ich muß aber zugeben, daß ich umgekehrt auch manchmal glaube, was „Besseres“ zu sein: Natürlich ist der Begriff des „besser/schlechter“ ganz runterneuert und umgewertet – doch tief in mir versteckt sitzt der Überheblichkeitswurm und hebt mitunter sein verführerisches – huch!

Erlebnis 5: Wer mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fährt, kann was erleben! Etwa: an „einem“ Tag von „zwei“ Kontrollen nach dem Fahrschein gefragt zu werden. Zuerst in der Linie 5 von einem „weiblichen KontrollOrgan“. Beim Ausdruck KontrollOrgan (Abb. 7) muß ich schmunzeln – die Organe des Menschen als KontrollOrgane, der menschliche Körper als sein eigener Kontrollor?

Jedenfalls, die Frau KontrollOrgan sprang den Aussteigenden nach und rief sie zur Fahrscheinkontrolle zurück – ein Rückruf, der unbefolgt in der Spitalgasse verhallte. Ich hatte einen Fahrschein. So ein Glück, da ich ja etwas später, mittlerweile am Rückweg und in der U6 ein zweites Mal gebeten wurde, meinen „Fahrausweis“ zu – huch!

Erlebnis sechs: Ich hab's wahnsinnig eilig im Supermarkt (Abb. 8). Tatsächlich höre ich mich mit einer Frau darüber streiten, wer von uns beiden wohl als „Erste“ das Ende der leider elendslangen Schlange vor der einzig besetzten Kassa erreicht hat. Ich

will es eigentlich gar nicht so eilig haben, denke mir immer, daß ich in einer „privilegierten“ Situation bin, mir meine Zeit doch oft selber einteilen kann, also nur zu blöd dazu gewesen bin, wenn ich es doch eilig habe?

(„Nichts davon ist selbstverständlich“, sagte der Autor Christian Steinbacher dazu.)

Zugleich merke ich, wie der Ärger aufsteigt, als die andere Frau, meiner Meinung nach „natürlich“ nach mir in der Schlange, so tut, als wäre sie schon vor mir dagewesen und hätte nur noch schnell eine Flasche Wein aus dem Weinregal genommen. „Bin ich denn der Trottel für alle?“, fragt die böse Stimme in mir. Es ist auch eine beleidigte, eine gekränkte Stimme, eine „NO HOPE“-Stimme, die an den kleinen Widrigkeiten des Alltags leidet. Ich zähle leise bis zehn. Irgendwie hab ich glücklicherweise das Gefühl, daß es nicht zielführend ist, kreischend und brüllend mein „Ich war zuerst da!“ zu verteidigen und erspare mir den „Auftritt“. Ich lasse sie vor und schiebe ihr dann scheinbar unabsichtlich mein Einkaufswagenl gegen den Hintern, einmal, zweimal, dreimal – hurra, hurra, hurra! Ein kindischer und billiger, aber ohne Zweifel ein Genuß. Bin ich schon ganz verblödet – huch!

Erlebnis sieben: erwachsen werden. Wie sagte doch neulich jemand zu mir? „Du mußt erwachsen werden“ oder „werd endlich erwachsen“? Dabei bin ich es doch „eh“ schon, viel mehr, als mir manchmal lieb ist! Früher, ja früher, da kam ich mit rebellischem Schwung (Abb. 9) in alle möglichen Situationen hereingeweht, sagte, was mir daran mißfiel und wer meiner Meinung nach Blödsinn redete, schwafelte, sich „nur“ wichtig machen wollte.

Jetzt, wenn ich irgendwohin komme, wo ich schon die Hälfte der Leute kenne, mich mit ihnen nicht anlegen oder sie nicht kränken will, oder wenn ich selber versuche, etwas auf die Beine zu stellen, wo mich dann die Hälfte der Leute kennt, sich nicht anlegen will oder mich nicht kränken – und sooo einen Blödsinn reden ich und die anderen ja auch wieder nicht. Wenn man sich und einander kennt, kann man ohne weiteres durch ein bißchen innere Übersetzungsarbeit das herausfiltern, was man ohnedies und im übrigen gerne hören wollte und will. Oder?

Also gibts kein schwungvoll und (gehör-

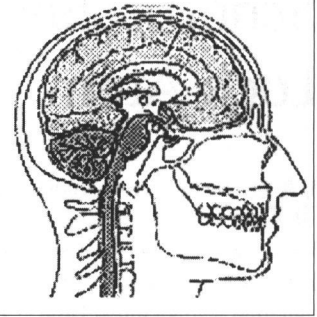
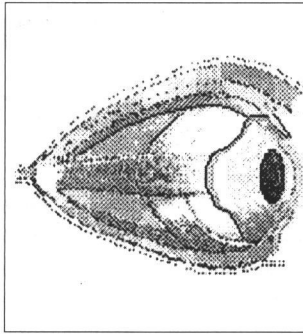


Abb. 7: Kontrollorgane des Menschen?

te das wirklich dazu?) rücksichtslos sein, wie ich es des öfteren früher war, ohne mir viel dabei zu denken – mehr und nimmer. Die Leute, die ich kenne, die ich lieb gewonnen habe oder ich selber, scheinen mir ja nicht blöd, und wenn doch, dann auf eine liebenswerte oder aus ihrer, meiner persönlichen Geschichte heraus verständlichen Art. Sie oder ich machen sich nicht wichtig, ohne daß einleuchtende Gründe vorhanden wären, sie oder ich sind nicht böse, und das was mir oder ihnen mißfällt, muß deswegen gar nicht ausgesprochen, geschweige denn geändert werden, weil wir uns schon verstanden haben, bevor es etwas zu verstehen gab. Voraussetzende Gruppendynamik oder ein Netz aus persönlicher Zuneigung, Rücksicht, Vorsicht und Angst – ungeschriebene Gesetze der Freundlichkeit? In den persönlichen Beziehungen teilt man sich mit, was man „ist“, indem man beschreibt, was man an anderen (und abwesenden) Personen nicht mag. Das ist erwachsen!

Den Frust beim Mitarbeiten in einem (bewußt nicht genannten) Projekt hab ich jedenfalls so ungefähr überall abreagiert, gejamert, geknurr, gespuckt – nur die anderen Mitarbeiterinnen wissen nichts. Vielleicht ist es aber „eh“ besser so?

Gibt es gegenseitiges Verständnis, das darüber hinausgeht, im Projekt-, Beziehungs-, Kunst-, TrinkRahmen funktionieren zu können? Interessiert es mich oder irgendjemanden, warum „dies oder das“ „da oder dort“ nicht geklappt hat, und hätte ich oder irgendjemand anderer mehr Verständnis, wenn die „Situation“ der anderen Beteiligten bekannt ist?

Wir sind alle erwachsen. Vielleicht mehr, als uns – huch!

Huch! – Den Schluß entlehne ich wiederum aus der ComixSerie mit dem deprimierenden Titel NO HOPE: „Wir werden immer älter und sterben, und es gibt noch nichts Gutes im Fernsehen“. Huch!



Abb. 8: Ilse Kilic: SUPERMARKTPORTRAIT



Abb. 9: Ilse Kilic: ... FRÜHER MIT REBELLISCHEM SCHWUNG...

Schottischer Müll: Loch Atom

Wie nun durch eine Studie der Atomkraftagentur UK Atomic Energy Authority bekannt wurde, sind 170 Kilogramm waffenfähiges Uran aus der Wiederaufbereitungsanlage Dounreay verschwunden. Das würde für etwa zwölf Bomben ausreichen. Zuerst hoffte man auf einen in den fünfziger Jahren ausgehobenen Müllschacht, in den lange Zeit alles an verseuchtem Material hineingeworfen wurde, bis er 1977 wegen der Explosion einer Gasblase versiegelt wurde. Jetzt hofft man auf Buchhaltungsfehler. 1988 wurden der Atomfabrik von der damaligen Premierministerin die staatlichen Subventionen gestrichen. Sie meinte, die Atomfabrik müsse sich am freien Markt bewähren. Das hat sie sich möglicherweise an-

ders, als sie sich das vorgestellt haben mag. Auf jeden Fall ist sie jetzt durch Energieminister John Battle geschlossen worden.

Mittlerweile ist auch bekannt geworden, daß ein Passagierflugzeug der British Airways nach Angaben der Direktion des Atomreaktors von Dounreay 280 Kilogramm von schwach angereichertem Uran von Heathrow nach Montreal transportiert hat. Von dort soll es zu einem Forschungsreaktor in Chalk River, Ontario, gehen. Ursprünglich soll es aus einem deutschen Atomkraftwerk stammen. Die BA behauptete, daß die Regierung über den Flug BA 095 am 10.6.1998 informiert war. Die BA soll viermal im Jahr nukleares Material transportieren. GL

Indien + Pakistan = Kaschmir

Die Atombombenversuche von Indien und Pakistan trafen auf Ablehnung bei den bereits existierenden Atommächten. Ein ehemaliger deutscher Außenminister gab die Mitschuld daran auch ihnen, da sie selbst die Autorität des Atomwaffensperrvertrages (NPT) untergraben hätten.

Vor allem China soll Pakistan bei der Entwicklung stillschweigend unterstützt haben, da es Indien als strategische Konkurrenz in Asien wahrnimmt. Indien meldete sich als „global player“ an, da sich in Hinkunft, nach Ende des Kalten Krieges, niemand mehr an den NPT halten wird. Pakistan hielt aber Schritt, und so eskaliert der Konflikt zwischen beiden Ländern, der seit der Teilung und der Unabhängigkeit 1947 besteht, auf die atomare Waffenebene. Das kann aber auch das endgültige Patt zwischen den beiden bedeuten, ein neues Gleichgewicht des Schreckens. Das macht vielleicht den Weg frei für diplomatische Verhandlungen über Kaschmir.

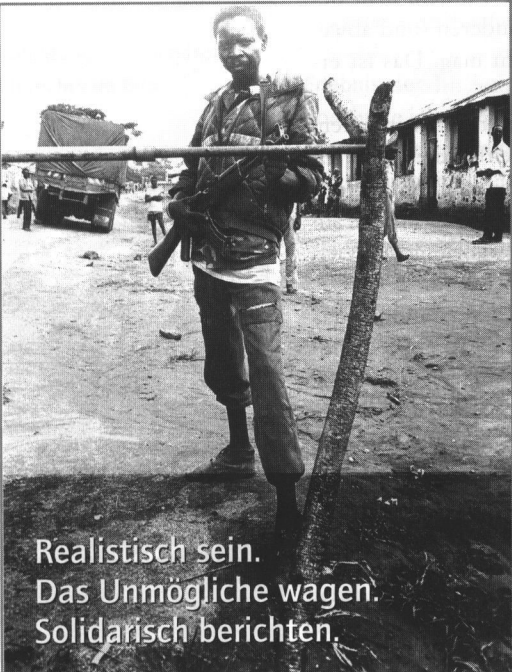
Der soziale Graben in beiden Ländern ist tief, die Kosten der Atomwaffentwicklung für beide Staaten enorm. Der pakistanische Premierminister Nawaz Sharif z.B. zahlte 1994/95 US \$ 58 an Einkommenssteuer, sein Familienunternehmen, die Ittefaq-Gruppe, ist der viertgrößte Industriekonzern des Landes und wird auf US \$ 217 Mio. geschätzt. In der indischen Regierungskoalition ist die

radikal-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) unter Premierminister Vajpayee die führende Partei. Die BJP ist der parlamentarisch-politische Flügel der zahlreichen Organisationen, die von der RSS, der nationalen Freiwilligenorganisation, dem Zentrum des radikalen politischen Hinduismus, gelenkt werden. Die Armut beider Länder könnte sie dazu bringen, ihre Atomtechnologie weiterzuverkaufen.

Schwierig zu beurteilen ist die Lage für Israel als heimliche Atommacht, nachdem viele die Atombombe Pakistans als arabisch-moslemische feierten. Allerdings ist in naher Zukunft mit keiner Veränderung der militärischen Situation im Nahen Osten zu rechnen, glauben die Experten.

Die fünf bisherigen Atomkräfte USA, Rußland, Großbritannien, Frankreich und China waren sich ausnahmsweise einmal völlig einig. Der Club der Atomkräfte in Genf lehnte einen Beitritt Indiens und Pakistans mit Hinweis auf den NPT einhellig ab und forderte die bedingungslose Unterzeichnung des Teststoppabkommens.

Mittlerweile ist eine junge Gruppe von Hackern in das Netzwerk des indischen Kernforschungszentrums Bhaba Atomic Research Center in Mumbai gelangt. Von Zuständigen wurde bestritten, daß sie Zugang zu relevanten Rechnern gehabt hätten. GL



Links macht Druck.

Realistisch sein.
Das Unmögliche wagen.
Solidarisch berichten.

Volksstimme

Abob hotline: (01) 503 68 28-214

Jetzt lesen!

Mexico unter Kuratel?

22 mexikanische Bankangestellte sind im Zuge der US-Antidrogen-Operation „Casablanca“ Ende Mai verhaftet worden. Die Operation lief über drei Jahre, ohne daß die mexikanische Regierung informiert gewesen wäre. Diese versicherte der USA sofort ihre uneingeschränkte Mitarbeit. Weitere 130 sind der Zu-

sammenarbeit bei der Geldwäsche verdächtig. Die Spuren führen laut US-amerikanischen Behörden direkt zum Cali- und Juárez-Kartell. Dazu kommen weiter 112 Verhaftete, die Beschlagnahme von US-\$ 35 Mio. und von vier Tonnen Marihuana und zwei Tonnen Kokain. 40 sollen noch verhaftet werden und noch US-\$ 110 Mio. auf

US-Konten der mexikanischen Banken beschlagnahmt werden. Unter den Banken befinden sich Bancómer, Serfin und Confia. Confia wurde erst kürzlich von der amerikanischen Citybank gekauft, welche selbst Gegenstand einer Untersuchung über Geldwäsche ist. Auch in Italien wurden fünf Leute im Zuge dieser Operation in Bergamo verhaftet. Drei Banken und drei Goldschmiede in Mailand werden zu der vermuteten Geldwäsche überprüft.

Das im Dunkeln-Lassen der mexikanischen Regierung über die US-Operation läßt nur einen Schluß zu: Trotz der seit vielen Jahren in Verträgen versprochenen engen Kooperation bei der Drogenbekämpfung denken die USA nicht daran, ihre Vorhaben auf US-Boden mit Me-

xico abzusprechen, sehr wohl aber daran, ein Wörtchen bei den auf mexikanischem Boden stattfindenden Vorgängen mitzureden. Die sich seit zwei Jahren treffende „hochrangige Kontaktgruppe“ zur Koordinierung der Drogenbekämpfung hatte bei keinem Treffen darüber ein Wort verloren.

In Mexico kam diese Aktion zu einem empfindlichen Zeitpunkt, da das Parlament gerade über ein 63-US-\$-Milliarden-Paket zur Rettung der vor einiger Zeit privatisierten Banken verhandelte. In Schwierigkeiten waren diese durch sogenanntes „unverantwortliches Leihen“ von Geldern und einfachen Betrug gekommen. Haften dürfen die mexikanischen SteuerzahlerInnen für diese privaten „Unverantwortlichkeiten“. GL

Chiapas – Guerrero

In dem mexikanischen Bundesstaat Chiapas ist Bischof Samuel Ruiz aus der Vermittlungskommission zwischen der Regierung und den Zapatistas zurückgetreten. Als Folge löste sich die Kommission selbst auf. Wenn man die Ausweisung von Menschenrechtsaktivisten und deren Organisationen aus Mexico hinzuzählt, stehen alle Zeichen auf Sturm: auf einen Sturm, den die Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach auslösen oder zumindest haben will. Mit der Nichterfüllung des Abkommens von San Andrés Larráinzar über die Rechte der Indios durch die Regierung und verstärkte militärische Präsenz vor Ort sind die Gespräche sowieso schon lange tot.

In der Provinz Guerrero kam es zu einem Feuergefecht zwischen der Revolutionären Volksarmee (EPR) und der mexikanischen Armee.

Wie am 10.6.1998 bekannt wurde, kamen bei einem Angriff der mexikanischen Armee auf eine der 30 autonomen, guerillafreundlichen Stadtverwaltungen in Chiapas sieben Menschen ums Leben. Obwohl im Vertrag die Errichtung solcher autonomer Gemeinden vorgesehen ist, haben die Armee, die Polizei und Paramilitärs diese wiederholt angegriffen. Diesmal kam es zu Gefechten zwischen Militär und Zapatistas. Der Gouverneur der Provinz verkündete, daß mit den „ungesetzlichen“ Zuständen Schluß sein müßte. GL

Böses Deutschland im Juni

Als zutreffend stellten sich mittlerweile die Befürchtungen vieler Anti-Castor-DemonstrantInnen in Deutschland heraus, daß der Atommüllkreislauf Menschen und Umwelt gefährdet. Die Trans-

portbehälter strahlen über den berüchtigten Grenzwert, also über den Wert, den sie laut Gesetz haben dürfen, hinaus. Die Behörden und Betreiber haben wiederum von nichts gewußt. GL



zeitung für politische ökologie
Nr. 6 / ab 26. Juni 1998

Schwerpunkte: EU-Osterweiterung / clean clothes: Bekleidungsindustrie auf der Anklagebank / Arbeitslosenbewegung in Frankreich / Die Grünen und 1968 / Alain Lipietz im Interview / 50 Jahre Israel

☐ Ich interessiere mich für die Grüne Zeitung. Bitte schickt mir **planet** kostenlos und unverbindlich.

NAME

STRASSE

ORT

Einsenden an: **planet**-Redaktion, Grüne Bildungswerkstatt, Lindeng. 40, 1070 Wien. Tel. 01/526 91 11, Fax 01/526 91 15

Margret Kreidl: In allen Einzelheiten. Ritter Verlag, Klagenfurt 1998, 112 S., öS 188,-

Margret Kreidls Buch umkreist auf faszinierende Weise das Thema „Eigenwahrnehmung“ und „Wahrnehmung“. Unter „Eigenwahrnehmung“ verstehe ich nach Oliver Sacks jenes Sinnesorgan, das uns z.B. darüber informiert, ob wir stehen oder sitzen, lächeln oder böse schauen – ohne daß wir uns unserer Körperhaltung oder unseres Gesichtsausdrucks in einem Spiegel vergewissern müssen. Zur „Wahrnehmung“ ein Zitat von Yoko Tawada: „Irgendwann bemerkte ich, daß sich die Leser der phonetischen Schrift in einem Museum ganz anders verhalten als ich. Auch Gemälde nehmen sie scheinbar wie phonetische Schrift wahr. Das heißt, sie betrachten die Gemälde nicht stumm, sondern übersetzen sie eilig in die gesprochene Sprache. Sie fragen sich ständig: Was sehe ich im Bild? Was ist dort abgebildet? Was ist das Konzept des Künstlers?“

Margret Kreidl, die ihren „Kleinbuchstaben“ in sechs Bilder aufteilt, scheint uns von solchen „Fragen“ abbringen zu wollen – hin zu anderen Wahrnehmungswei-

sen oder Überlegungen. Vielleicht vollziehen wir auch Schritt für Schritt den Bildaufbau nach, den der „Katalog“ uns vorschlägt. Die Aneinanderreihung von Beschreibung in enträtselt-klarer Sprache und die Vereinfachung der Sätze auf das (auch grammatikalisch) „Wesentliche“ lassen das Gerüst der Sprache sichtbar werden, die enorme Variationsbreite sprachlicher Äußerungen gerade im strengen Korsett der Grammatik. So weisen diese „Beschreibungen“ über „Beschreibungen“ hinaus: Sie verweisen in den Raum der Sprache selbst, dorthin, wo niemand schulmeisterlich fragt, was „der Dichter“ sagen will, sondern wo, ich zitiere Eva Meyer (die wiederum sich auf Wittgenstein stützt): „...das Bild mir sich selbst sagt.“

In den kurzen Prosastücken „Mein Gesicht“ (zum vierten Bild gehörend) beschreibt Margret Kreidl spezifische Zurichtungsformen des Gesichts – des Gesichts, das sich selbst niemals „von außen“ sehen kann. Kreidl ermöglicht gewissermaßen die Blickrichtung von außen nach innen, oder, um es anders auszudrücken, sie spürt dem Innen als einer Funktion des Außen nach. Vielleicht weist sie aber auch „nur“ nachdrücklich darauf

hin, daß die Konstruktion des Außen und seine (fragwürdige) Interpretation zu den Tätigkeiten des Innen gehört? Ganz fremd begibt sich Kreidl in Gesichter, beobachtet Auftritte oder spürt der Vielzahl anderer Identitäten, versteckt in ihren Namen und der Geschlechtszugehörigkeit, nach. Der bittere ironische Unterton der „Rosen, männlich“ ergibt sich etwa aus der Konstruktionsformel der Identitäten.

Die Ingredienzen dessen, was „ein Bild“ ist, werden immer wieder neu gemischt. So gibt es einerseits Träume, aber auch Skizzen und Skulpturen, in denen das Bezeichnende vom Bezeichneten (oder das Bezeichnete von seinen Funktionen?) gelöst erscheint. Die Skizzen und Skulpturen erinnern an Freuds Traumdeutung, stehen aber gerade nicht in des-

sen psychologisierendem Kontext und treten nicht als Kürzel auf, stehen auch nicht in der Tradition des Freud'schen Kampfes zwischen „Es“ und „Über-ich“. Dementsprechend wohnt in den Skulpturen (die ja keine Skulpturen sind, sondern Texte) nicht der Zwang der Interpretation, sondern im Gegenteil, eine Aufforderung zur Bilderstellung und Bildbetrachtung.

So geht die Leserin von Bild zu Bild und bemerkt dabei, daß diese „Bilder“ das begriffliche Denken angenehm umspielen, irritieren, zu Bewegung antreiben, ihm Impulse geben, Platz einräumen, es freundlich und freundschaftlich hegen und pflegen.

Das Buch von Margret Kreidl sei allen LeserInnen aufs Wärmste empfohlen.

IK

Staatsschiffchen mit Schlagseite



Hg.: Erich Reiter, Österreichisches Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1997, Graz-Wien-Köln 1997, Verlag Styria, 475 S., öS 398.-

Das Österreichische Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik wurde 1997 erstmals bei Styria verlegt. Gäbe es Quellenhinweise, wo die Aufsätze des Sammel-

bandes zuvor bereits erschienen sind, wäre die Lektüre etwas leichter. Viele der Aufsätze nämlich sind schon in der *Österreichischen Militärischen Zeitschrift* veröffentlicht worden. Manche sind bereits in der *Zeitschrift für Politikwissenschaft* und der *Zeitschrift für Internationale Politik* oder den *Deutschen Blättern* publiziert worden. Nur wenige Texte scheinen speziell für dieses Jahrbuch verfaßt worden zu sein.

Neu ist die Analyse Heinrich Schneiders zur Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Lichte der Amsterdamer Verträge. Hier wird deutlich gemacht, daß der Vertrag von Amsterdam für die Sicherheitspolitik der EU ein durchaus kleiner Schritt war:

EINE FRAUENZEITSCHRIFT

Feministische Analysen in 4 Schwerpunktheften jährlich

AUF-Info: 6x im Jahr geballte Frauen-News und Termine

Ich möchte:

- ☐ ein Probeheft
- ☐ ein AUF-Abo (S 210,-)
- ☐ ein AUF-Info-Abo (S 60,-)

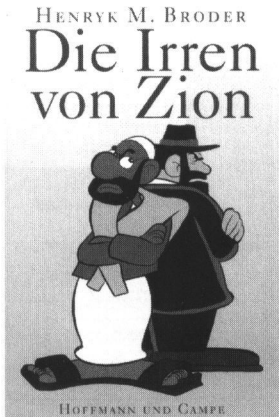
Name: _____ An _____

Adresse: _____ Postfach 817

Unterschrift _____ A-1011 Wien

ein Schrittmchen, das aus den widersprüchlichen nationalen Interessen resultierte. Gleichzeitig versäumte Schneider nicht, große Pläne für eine EU-Weltmacht einzumachen und zu propagieren.

Darüber hinaus sind die Beiträge des Bandes zu regionalen Sicherheitsfragen nicht uninteressant. Hier werden Analysen zu den baltischen Staaten, der Maghreb-Region, der Türkei, Indien und China vorgelegt, die einen Blick über den Tellerrand der bornierten Diskussion zur europäischen Sicherheitspolitik ermöglichen. Dem Herausgeber Dr. Erich Reiter ist die politische Parteilichkeit des Jahrbuches geschuldet, die dem Staatsschiffchen eine deutliche Schlagseite Richtung Nato geben will. Solche Bände, die im wissenschaftlichen Gewande der Nato das Feld bereiten wollen, werden ob der Plumpheit ihres Anliegens dazu wenig beitragen. PS



Henryk M. Broder, Die Irren von Zion. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1998, 288 S., öS 291.-

Broder schlingert in seinem Buch zwischen „Kishon für jüngere Deutschsprachige“ und harten Bestandsaufnahmen über eine in sich gespaltene Gesellschaft, deren Kontrahenten sich am liebsten gegenseitig die Identität als Israeli absprechen würden. Am besten läßt man ihn wohl

selbst zu Wort kommen: „Zur höheren Geburtenrate der Religiösen kommt noch hinzu, daß mehr religiöse als säkuläre Juden nach Israel einwandern und daß für säkuläre Juden das Leben in einer von den Frommen dominierten Gesellschaft unerträglich wird, weswegen schon heute viele von Jerusalem nach Tel Aviv ziehen, was der einfachste Weg ist, ins Ausland zu fahren, ohne das Land zu verlassen.“ „Insbesondere geht er auf die jüdischen NeueinwanderInnen aus den USA ein, die sich gerne als die wahren Bewahrer der Religion gerieren. Auch die Suche nach der „authentischen“ jüdischen Erfahrung“, wie Broder schreibt, zieht viele von den Jungen an, eine Sinnsuche, für die der Staat Israel als Projektionsfläche dient. Durch Interviews und Beschreibungen zeichnet Broder kleine Porträts, welche die Problemlagen und die Ir-

rationalismen deutlich machen in einem Land, das es wohl verdient, normal zu werden. Die Lage der palästinensischen Bevölkerung ist in seinen Schilderungen ständig präsent, genauso wie die mentalen Anspannungen und die Alltäglichkeit der Bedrohungen für Israelis, die einige mit viel Witz in ihr Leben integrieren können.

Auch für gelernte WienerInnen, wie ich einer geworden bin, hat Broder etwas zu bieten: In einer leicht boshaften Skizze wird auch eine österreichische Journalistin zur Kenntlichkeit entstellt, die hier in Wien in einem Brief der arabisch-österreichischen Gesellschaft an das entsprechende Magazin schon einmal als die kompetenteste Israel-Kennerin abgefeiert wurde.

Alles in allem ein unterhaltsamer und lehrreicher Reiseführer ins heutige Israel.

GL



radio orange 93,3 – ab mitte juli im raum wien

arbeitsgruppe nachrichten

Bitte...

- sendet uns regelmäßig infos – sowohl aktuelle als auch hintergrundinformationen
- kündigt uns geplante aktionen an
- nehmt auch zu politischen oder anderen ereignissen stellung, die nicht ihr initiiert habt, zu denen ihr aber was zu sagen habt
- überlegt euch, ob ihr nicht zu verschiedenen themen ausführlichere beiträge, reportagen, features oder ähnliches selbst oder gemeinsam mit uns gestalten wollt
- nennt uns kontakttelefonnummern, bei denen wir bei recherchen anrufen können
- arbeitet auf jede nur erdenkliche art und weise mit uns zusammen!

e-mail-adresse: orange.nachrichten@blackbox.at (für blackbox-userInnen: orange nachrichten)
fax-nummer: (01) 315 74 97 (wenn möglich, schreibt bitte groß dazu: „z.h. nachrichtengruppe“)
briefadresse: nachrichtengruppe, c/o radio orange, schubertgasse 10, 1090 wien

ps: Wir brauchen auch noch viele regelmäßige (wie üblich unbezahlte) mitarbeiterInnen in der nachrichtengruppe! Wenn du mitmachen willst, kontaktiere uns bitte!

di. 30. juni 19.00
amerlinghaus, wien 7, stiftgasse 8

- vorstellung der radio-orange-nachrichtengruppe
- diskussion
- besprechung möglicher formen der zusammenarbeit
- idealer zeitpunkt zum einsteigen für alle, die in der radio-orange-nachrichtengruppe mitarbeiten wollen

ZOOM 3/97

Was für KIEP 1977 4
Der Fall von Helmut
Schmidt

Genau noch abgelehnt, heute schon abgelehnt 5
Kernkraft 2 und die Zukunft der
Kernenergie

Geographische Rückgewinnung 11
Hochwasserschutz und Abschlepparbeiten
an der Elbe

Karlsruhe 16
Die Frage der Flucht
von den Inseln

Salz 17
Die Abwärtstrend
des Salzpreises

Umwelt 21
Umwelt und
Umweltbewusstsein

Wissen 22
Wissen und
Wissenschaft

Kultur 23
Kultur und
Kunst

Zeitschrift 24
Zeitschrift und
Zeitung

Impressum 25

ZOOM 3/97
35,- ATS
zzgl. Versandkosten

ZOOM 6/97

Zeitschrift 2
Zeitschrift und
Zeitung

Wissen 3
Wissen und
Wissenschaft

Kultur 4
Kultur und
Kunst

Umwelt 5
Umwelt und
Umweltbewusstsein

Salz 6
Die Abwärtstrend
des Salzpreises

Karlsruhe 7
Die Frage der Flucht
von den Inseln

Umwelt 8
Umwelt und
Umweltbewusstsein

Wissen 9
Wissen und
Wissenschaft

Kultur 10
Kultur und
Kunst

Zeitschrift 11
Zeitschrift und
Zeitung

Impressum 12

ZOOM 6/97
35,- ATS
zzgl. Versandkosten

ZOOM 7/97

Was für KIEP 1977 4
Der Fall von Helmut
Schmidt

Genau noch abgelehnt, heute schon abgelehnt 5
Kernkraft 2 und die Zukunft der
Kernenergie

Geographische Rückgewinnung 11
Hochwasserschutz und Abschlepparbeiten
an der Elbe

Karlsruhe 16
Die Frage der Flucht
von den Inseln

Salz 17
Die Abwärtstrend
des Salzpreises

Umwelt 21
Umwelt und
Umweltbewusstsein

Wissen 22
Wissen und
Wissenschaft

Kultur 23
Kultur und
Kunst

Zeitschrift 24
Zeitschrift und
Zeitung

Impressum 25

ZOOM 7/97
35,- ATS
zzgl. Versandkosten

ZOOM 1/98

Was für KIEP 1977 4
Der Fall von Helmut
Schmidt

Genau noch abgelehnt, heute schon abgelehnt 5
Kernkraft 2 und die Zukunft der
Kernenergie

Geographische Rückgewinnung 11
Hochwasserschutz und Abschlepparbeiten
an der Elbe

Karlsruhe 16
Die Frage der Flucht
von den Inseln

Salz 17
Die Abwärtstrend
des Salzpreises

Umwelt 21
Umwelt und
Umweltbewusstsein

Wissen 22
Wissen und
Wissenschaft

Kultur 23
Kultur und
Kunst

Zeitschrift 24
Zeitschrift und
Zeitung

Impressum 25

ZOOM 1/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten

ZOOM 2/98

Was für KIEP 1977 4
Der Fall von Helmut
Schmidt

Genau noch abgelehnt, heute schon abgelehnt 5
Kernkraft 2 und die Zukunft der
Kernenergie

Geographische Rückgewinnung 11
Hochwasserschutz und Abschlepparbeiten
an der Elbe

Karlsruhe 16
Die Frage der Flucht
von den Inseln

Salz 17
Die Abwärtstrend
des Salzpreises

Umwelt 21
Umwelt und
Umweltbewusstsein

Wissen 22
Wissen und
Wissenschaft

Kultur 23
Kultur und
Kunst

Zeitschrift 24
Zeitschrift und
Zeitung

Impressum 25

ZOOM 2/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten

ZOOM 3/98

Was für KIEP 1977 4
Der Fall von Helmut
Schmidt

Genau noch abgelehnt, heute schon abgelehnt 5
Kernkraft 2 und die Zukunft der
Kernenergie

Geographische Rückgewinnung 11
Hochwasserschutz und Abschlepparbeiten
an der Elbe

Karlsruhe 16
Die Frage der Flucht
von den Inseln

Salz 17
Die Abwärtstrend
des Salzpreises

Umwelt 21
Umwelt und
Umweltbewusstsein

Wissen 22
Wissen und
Wissenschaft

Kultur 23
Kultur und
Kunst

Zeitschrift 24
Zeitschrift und
Zeitung

Impressum 25

ZOOM 3/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten

ZOOM 1+2/97

Was für KIEP 1977 4
Der Fall von Helmut
Schmidt

Genau noch abgelehnt, heute schon abgelehnt 5
Kernkraft 2 und die Zukunft der
Kernenergie

Geographische Rückgewinnung 11
Hochwasserschutz und Abschlepparbeiten
an der Elbe

Karlsruhe 16
Die Frage der Flucht
von den Inseln

Salz 17
Die Abwärtstrend
des Salzpreises

Umwelt 21
Umwelt und
Umweltbewusstsein

Wissen 22
Wissen und
Wissenschaft

Kultur 23
Kultur und
Kunst

Zeitschrift 24
Zeitschrift und
Zeitung

Impressum 25

ZOOM 1+2/97
50,- ATS
zzgl. Versandkosten

ZOOM 4+5/97

Was für KIEP 1977 4
Der Fall von Helmut
Schmidt

Genau noch abgelehnt, heute schon abgelehnt 5
Kernkraft 2 und die Zukunft der
Kernenergie

Geographische Rückgewinnung 11
Hochwasserschutz und Abschlepparbeiten
an der Elbe

Karlsruhe 16
Die Frage der Flucht
von den Inseln

Salz 17
Die Abwärtstrend
des Salzpreises

Umwelt 21
Umwelt und
Umweltbewusstsein

Wissen 22
Wissen und
Wissenschaft

Kultur 23
Kultur und
Kunst

Zeitschrift 24
Zeitschrift und
Zeitung

Impressum 25

ZOOM 4+5/97
50,- ATS
zzgl. Versandkosten

Einzelheft-Bestellungen bitte schriftlich (faxlich) an: ZOOM, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Abo-Bestellung

Ich bestelle hiemit ein

☐ Abonnement

☐ Förderabonnement

der Zeitschrift ZOOM ab der nächsterreichbaren Ausgabe
zu den nebenstehenden Bedingungen.

Datum

Unterschrift

AbsenderIn:

◆ Bestellschein bitte abtrennen und an obige Adresse senden (faxen)

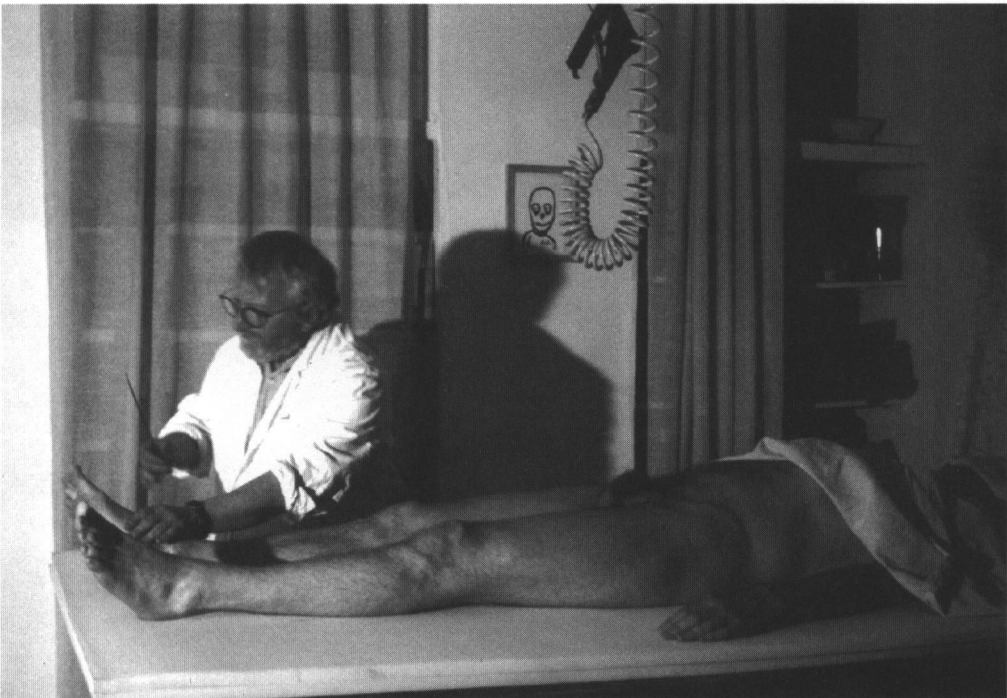
Abo-Bedingungen

Das ZOOM-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden (siehe Angebot auf dieser Seite). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Preise:

Österreich: 250,- ATS
Ausland: 350,- ATS
Übersee: 450,- ATS
Förderabo: 700,- ATS

Standfotos aus der Frankenstein Super 8–Verfilmung des Fröhlichen Wohnzimmers



oben: auf dem Friedhof geklaute Leichen, aus denen DrDr. Frankenstein sein Monster zusammenflicken will, liegen bereit.
unten: am Ende der Flickarbeit: das fertige, noch leblose Monster...

Fotos: Romeo Bissuti und Erich Wolfesberger

Geopolitik des Chaos oder Gemeinsame Friedensordnung?

15. INTERNATIONALE SOMMERAKADEMIE
FRIEDENSZENTRUM BURG SCHLAINING

PROGRAMM

Samstag, 11. Juli

► 19.00

Festvortrag

HOBBS, KANT, ROUSSEAU?

Zur politischen Philosophie einer europäischen Friedensordnung im Zeitalter der Globalisierung

Hajo Schmidt

Sonntag, 12. Juli

► 9:30 - 12:30

**VON DER „NEUEN WELTORDNUNG“
ZU EINER „GEOPOLITIK DES CHAOS“?**

Die Globalisierung, die Osterweiterung des Westens und die Konfliktformationen der Zukunft

Johan Galtung, Friedrich Korkisch

Kommentare:

Wolf Dieter Eberwein, Krzysztof Michalski,
Karl Peter Schwarz

Montag, 13. Juli

► 9:30 - 12:30

**BUNDESSTAAT, STAATENBUND, WELTBÜRGERGESELL-
SCHAFT?**

Die „Vertiefung“ der europäischen Integration und die Zukunft von Staat und Demokratie im Zeitalter der Globalisierung

Walter Oswalt, Sonja Puntischer-Riekman

Dienstag, 14. Juli

► 9:30 - 12:30

SCHAFFT EIN, ZWEI, DREI EUROPA ...?

Die „Osterweiterung“ der EU, die zukünftigen Grenzen Europas und die Entwicklungsszenarien der europäischen Integration

Lutz Schrader, Patricia Bauer

Mittwoch, 15. Juli

► 9:30 - 12:30

BALKAN, KAVKASUS, ALGERIEN ...

Die Wiederkehr der Geopolitik oder das „politische Unbewußte“ Europas?

Rastko Moćnik, Werner Ruf

► 19:30

KOSOVO: WAS KANN EUROPA TUN?

Impulsreferat: Matthias Rüb

Runder Tisch: Andrej Ivanyi, Dardan Gashi,
Vlasta Jalusic, Karl Kaser, Zarko Puhovski

Europäische Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung

Samstag 11. Juli bis
Samstag 18. Juli 1998

Donnerstag, 16. Juli

► 9:30 - 12:30

**ZWISCHEN RHEINISCHEM UND
ANGELSÄCHSISCHEM KAPITALISMUS**

Die Globalisierung, die Währungsunion und die Zukunft der sozialen Frage in Europa

Birgit Mahnkopf, Peter Rosner

Freitag, 17. Juli

► 9:30 - 12:30

WESTKIRCHE, OSTKIRCHE, ISLAM ...

Das Europa der Religionen zwischen dem „Kampf der Kulturen“ und einem „Polytheismus der Werte“

Otto Kallscheuer, Richard Friedli

Samstag, 18. Juli

► 9:30 - 12:30

**BESTRAFUNGSINTERVENTIONEN ODER
GEMEINSAME SICHERHEIT**

Die NATO und die Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur
Laurent Goetschel, Lutz Unterseher

► 15:00 - 18:00

**DIE SICHERHEITSPOLITISCHE LAGE UND DIE
FRIEDENSPOLITISCHEN MÖGLICHKEITEN ÖSTERREICHS**

Impulsreferat: Heinz Gärtner

Runder Tisch: Peter Steyrer, Renate Kicker, Andreas Unterberger

AUSKÜNFTE UND ANFRAGEN

ÖSFK Österreichisches Studienzentrum
für Frieden und Konfliktlösung

Friedenszentrum Burg Schlaining
A - 7461 Stadtschlaining

Tel: (0) 3355 / 2498, Fax: (0) 3355 / 2662

E-MAIL: aspr@aspr.ac.at, WEB: <http://www.aspr.ac.at>



VERANSTALTER:
ÖSFK
Österreichisches Studienzentrum
für Frieden und Konfliktlösung

IN KOOPERATION MIT:



Institut für die Wissenschaften
vom Menschen

Die Presse



Grüne
Bildungs-
werkstatt

UNTERSTÜTZUNG:



Bundesministerium für Unterricht
und kulturelle Angelegenheiten